Günther Heydemann / Heidi Roth

Systembedingte Konfliktpotentiale in der DDR der fünfziger Jahre

Die Leipziger Universität in den Jahren 1953, 1956 und 1961

1. Vorbemerkung

In einschlägigen DDR-Nachschlagwerken sucht man vergeblich eine Begriffserklärung für „Konflikt“¹. Dieser Terminus kam nur vor, wenn auf „Widerspruch“ und „Konfliktforschung“ verwiesen wurde². Letztere wurde dann relativ ausführlich als „eine der wesentlichsten Richtungen der bürgerlichen Sozial- und politischen Wissenschaften“ charakterisiert und vom „marxistisch-leninistischen Klassenstandpunkt“ aus kritisiert. Der Ideologie und Politik der SED-Führung zufolge stellten in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus (1945–1961) nicht Konflikte und ihre Lösungen, sondern der „Klassenkampf zwischen der nun herrschenden Arbeiterklasse und allen Werktätigen einerseits und den gestürzten Ausbeuterklassen andererseits die entscheidende, unmittelbare Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung“ dar³. Als die SED auf ihrer 2. Parteikonferenz im Juli 1952 beschloß, nunmehr „planmäßig die Grundlagen des Sozialismus“ aufzubauen, wies sie die Bürger der DDR auf die unvermeidliche „Verschärfung des Klassenkampfes“ hin: „Das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht. Deshalb gilt es, die volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht ständig zu festigen. Die führende Rolle hat die Arbeiterklasse, die das Bündnis mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und anderen Schichten der Werktätigen geschlossen hat. Es ist zu beachten, daß die Verschärfung des Klassenkampfes unvermeidlich ist und die Werktätigen den Widerstand der feindlichen Kräfte brechen müssen.“⁴ Die

¹ Mit dem Terminus „systembedingte Konflikte“ fassen wir jene, die im Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR begründet waren und u. a. aus der Durchsetzung der führenden Rolle der Staatspartei, dem Primat von Politik gegenüber der Ökonomie, dem demokratischen Zentralismus als staatsorganisatorischem Prinzip resultierten und sich in der „Okkupation des Staates durch die SED“ (Neubert), in mangelnder Demokratie und fehlender korrigierender Öffentlichkeit, in Einschränkung der persönlichen Freiheiten und Rechte zugunsten sogenannter gesamtgesellschaftlicher Interessen und im Gegensatz von Theorie und Praxis bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft manifestierten.

² Vgl. Kulturpolitisches Wörterbuch, S. 354–358; Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, S. 359–361; Im Wörterbuch der Geschichte fehlt der Begriff Konflikt dagegen gänzlich.

³ Vgl. Sachwörterbuch der Geschichte, S. 923.

⁴ Protokoll der Verhandlungen der 2. Parteikonferenz, S. 492.

Partei ging demzufolge von der Theorie des Klassenkampfes als „objektive Gesetzmäßigkeit“ aus.

2. Zum Zusammenhang von Konflikten und Krisen in den fünfziger Jahren

Systembedingte Konfliktpotentiale entstanden durch die spezifische Ideologie und Praxis der SED-Herrschaft in allen Bereichen der Gesellschaft, nicht zuletzt als Folge der rigorosen Umwandlung der politischen, ökonomischen und sozialen Grundlagen von Staat und Gesellschaft seit 1945. Naturgemäß verschärften sich solche Konflikte nach dem Beschluß der 2. SED-Parteikonferenz, als organisatorische und sozioökonomische Veränderungen von Staat und Gesellschaft eingeleitet wurden. Als Stichworte seien genannt: die Verwaltungsreform zum Ausbau und zur weiteren Zentralisierung der Macht der SED-Führung, die Veränderung der Eigentums- und Klassenverhältnisse zugunsten des Sozialismus (Bildung von Genossenschaften in Landwirtschaft und Handwerk), die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens sowie die sozialistische Umgestaltung des „Überbaus“, d.h. von Kultur, Bildung und Erziehung. Die einschlägigen Beschlüsse der SED und des Staates hatten Auswirkungen auf alle „Klassen und Schichten“, vor allem auf die Lebenslage der Betroffenen. So richtete sich z.B. die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft Ende der fünfziger Jahre zwar in erster Linie gegen die sogenannten Großbauern als „Ausbeuter“, sie machte sich aber im Rückgang der Erzeugung von Grundnahrungsmitteln und damit in einer Verschlechterung der Versorgung für alle DDR-Bürger spürbar. Jetzt ging die Politik gewissermaßen „über den Ladentisch“, und die Unzufriedenheit betraf die Mehrzahl der Bevölkerung. Doch jede kritische Stellungnahme zu Entscheidungen des SED-Staates wurde zugleich als grundsätzliche Kritik am Kurs der SED-Führung aufgefaßt und darüber hinaus als „Feindarbeit“ abgestempelt. In solchen Situationen bestand für die SED-Diktatur immer die Gefahr, daß sich angestaute Konflikte zu einer Systemkrise ausweiten konnten. Hinzu kam im geteilten Deutschland, daß die Unzufriedenheit mit den sozialistischen Lebensbedingungen in der DDR um so größer wurde, je deutlicher sich das „Wirtschaftswunder Bundesrepublik“ entfaltete, der angeblich zum Untergang verurteilte „imperialistische“ westdeutsche Staat in der Systemauseinandersetzung offensichtlich erfolgreicher war und die „den gesellschaftlichen Fortschritt verkörpernde DDR“ nicht ihre Überlegenheit zu demonstrieren vermochte.

Systemische Konflikte traten gewöhnlich nicht urplötzlich auf; sie waren in der Wirklichkeit des DDR-Sozialismus immer implizit vorhanden, ohne ständig öffentlich zu sein bzw. sich in Krisen zu entladen. Erst unter bestimmten außen- und innenpolitischen Bedingungen – dazu zählen auch Fehlentscheidungen der SED-Führung als konfliktverschärfende bzw. konfliktprovozierende Maßnahmen – führten sie zu Krisen. Da die SED-Führung Krisen im Sozialismus jedoch stets leugnete, zumal solche aufgrund der angeblich formationstheoretischen Höherentwicklung gegenüber dem Kapitalismus per se nicht auftreten konnten und sie diese daher durchweg auf den Klassenkampf von außen, auf Agenten, Provokateure und westliche Geheimdienste zurückführte, war sie im Frühsommer 1953 relativ unvorberei-

tet, als die landesweiten Protestaktionen ihre Herrschaft bedrohten. Nur durch das militärische Eingreifen der Sowjetunion konnte die Parteispitze ihre Machtposition retten. Unmittelbar nach der Niederschlagung des Juni-Aufstandes entwickelte sie Strategien zur Bewältigung von Krisen, die sie in den folgenden Jahren, bis zum Herbst 1989, vor einer Neuauflage des 17. Juni bewahrten. Allerdings funktionierte dieses Krisenmanagement nur solange, wie die Sowjets diese „Schutzfunktion“ für die DDR ausübten.

3. Die Herausbildung einer Krisenbewältigungsstrategie der SED-Führung in den fünfziger Jahren

Für die Entwicklung dieser Krisenbewältigungsstrategie und deren Verständnis sind jedoch drei weitere Aspekte von Bedeutung:

1. Das SED-Krisenmanagement kann nicht losgelöst vom Einfluß der Sowjetführung auf die SED-Führung betrachtet werden;

2. die Krisen des DDR-Sozialismus standen durchweg im untrennbaren Zusammenhang mit ähnlich gelagerten Vorgängen in den sogenannten Volksdemokratien⁵, sowie schließlich

3. die Existenz zweier deutscher Staaten, wobei die wirtschaftliche, soziale und politische Überlegenheit der Bundesrepublik sowie ihr demokratisches und rechtsstaatliches System eine Magnetwirkung auf die DDR-Bevölkerung ausübten und so die systembedingten Konflikte in der DDR verschärften. Die propagandistische Orientierung der SED-Führung auf die Einheit Deutschlands einerseits und ihre diametral entgegengesetzte praktische Politik, die daraus resultierende sukzessive Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten mit negativen Auswirkungen auf die persönliche Lebenssituation vor allem der Ostdeutschen andererseits, offenbarten die Widersprüchlichkeit und Unaufrichtigkeit der SED-Deutschlandpolitik und ließen daher Hoffnungen auf ein einheitliches demokratisches Deutschland immer mehr schwinden. Letzte Illusionen auf eine Wiedervereinigung wurden am 13. August 1961 zerstört. Allerdings bot die völlig andersartige politische und sozioökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik und ihre Einbindung in das westliche Bündnissystem der SED-Führung die Möglichkeit, die Verschärfung des Klassenkampfes auf den angeblichen Einfluß des Imperialismus zurückzuführen, was die Partei unter Ulbricht regelmäßig tat.

Ein diachroner Vergleich der drei Krisen aus heutiger Retrospektive schafft daher die Möglichkeit, die Entwicklung systembedingter Konflikte in den fünfziger Jahren in ihrer jeweiligen Spezifik darzustellen und der Frage nachzugehen, wie die Ulbricht-Führung eine Krisenbewältigungsstrategie, besser vielleicht ein „sozialistisches Krisenmanagement“, zur Vermeidung einer Neuauflage des 17. Juni 1953 entwickelte und anwandte. Das könnte letztlich auch dazu dienen, allgemeine Charakteristika der Systemkrisen des Realsozialismus in den langen fünfziger Jahren (1949 bis 1961) herauszuarbeiten. Übereinstimmung besteht in der Forschung darüber, daß der 17. Juni 1953 für die Parteiführung ein Schlüsselerlebnis bzw. einen

⁵ Vgl. u. a. Kleßmann/Stöver, 1953 – Krisenjahr.

„Lernschock“ darstellte. Bis dahin hatte die SED-Führung einen Aufstand, der nicht von „Agenten, Feinden, Provokateuren“ inszeniert, sondern maßgeblich von der führenden Klasse – der Arbeiterklasse – ausgelöst wird, für nahezu unmöglich gehalten. Dementsprechend hatte sie ihre Funktionäre auf der mittleren und unteren Ebene, aber auch ihre Sicherheitsdienste eingeschworen. Die Folge war, daß in den Vormittagsstunden des 17. Juni 1953 Parteifunktionäre in die Betriebe gingen bzw. Mitarbeiter des MfS auf Straßen und Plätzen umherliefen, um West-Berliner Agenten und Provokateure ausfindig zu machen, während bereits Demonstrationen der eigenen Bevölkerung im Gange waren. Nach der militärischen Niederschlagung des Aufstandes durch sowjetische Truppen behauptete die SED-Führung wider besseren Wissens zwar sofort, daß dies ein von außen gesteuerter „faschistischer“ Putsch gewesen sei. Doch die Partei reagierte in dieser Situation, als es um ihre Herrschaft ging, nach Überwindung eines kurzfristigen Schocks relativ schnell mit der Anwendung bestimmter Herrschaftstechniken, um ihre Macht zu sichern und zukünftig derartige Aufstände auszuschließen.

Stichworte wie die nachfolgenden charakterisieren diese Strategie, die sie in der Folge der fünfziger Jahre weiter ausbaute und die insofern erfolgreich war, als tatsächlich ein neuer 17. Juni zumindest bis zum Herbst 1989 verhindert werden konnte.

1. Charakteristisch für diese Krisenstrategie war die ihr von Anfang an innewohnende Ambivalenz, nämlich die Verbindung selektiver Repression mit der angestrebten Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung. Nach dem 17. Juni 1953 wurden u. a. Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung mit Industriewaren und Nahrungsmitteln und zur Erhöhung der Renten und Sozialfürsorgeunterstützung erlassen. Im Frühjahr 1956, als sich die ersten Symptome einer neuen Krise zeigten, verkündete die SED eine Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 45 Stunden, die als 7-Stunden-Tag propagiert wurde, und eine Rentenerhöhung. Als der Flüchtlingsstrom gen Westen weiter anhielt, versprach sie auf dem V. SED-Parteitag (Juli 1958), bis 1961 die Überlegenheit gegenüber dem „Imperialismus“ auf dem Gebiet des Lebensstandards zu erreichen. Sie propagierte diese Orientierung als „ökonomische Hauptaufgabe“. Bekanntlich wollten die sozialistischen Länder die sogenannten kapitalistischen Staaten im Pro-Kopf-Verbrauch von Nahrungsmitteln und Konsumgütern bis Mitte der sechziger Jahre, zum Teil sogar schon früher, übertreffen. Doch schon bald zeigte sich, daß diese Zielsetzung undurchführbar war. Sie weckte jedoch kurzzeitig Hoffnungen und Illusionen bei einem Teil der Bevölkerung, so daß eine entstehende, systembedingte Konfliktsituation gewissermaßen ausgesetzt wurde. Das äußerte sich u. a. in einem vorübergehenden Rückgang der Flüchtlingszahlen 1958/59, bevor sie 1960/61 wieder anstiegen⁶. Doch anstatt der versprochenen vollen Schaufenster kam, infolge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, eine Ernährungskrise auf die DDR-Bevölkerung zu. Lebensmittelrationierungen, die erst im Mai 1958 abgeschafft worden waren, bestimmten erneut den Alltag in der DDR. Später machte die Ulbricht-Führung für das Scheitern in erster Linie die „zugespitzte internationale Situation, den Wirtschaftskrieg und das Handelsembargo durch den Imperialismus“ verantwortlich. Als die Gefahr des

⁶ Vgl. die Zahlenangaben für die Jahre 1958 (204 092), 1959 (143 917), 1960 (199 188) und 1961 (Jan. bis Aug. 207 026), nach Judd, DDR-Geschichte in Dokumenten, S. 545.

wirtschaftlichen Zusammenbruchs der DDR mit seinen Auswirkungen auf andere „Bruderstaaten“ drohte, wurde am 13. August 1961 der sogenannte „antifaschistische Schutzwall“ errichtet und die DDR-Bevölkerung buchstäblich eingemauert.

Im gleichen Zeitraum, in dem sich in der DDR der Lebensstandard verbesserte, läßt sich der Ausbau der Repressionsorgane nachweisen⁷. Das MfS baute seine Positionen vor allem in den Betrieben und Institutionen aus. Nach dem 17. Juni 1953 wurden regelmäßig Karteien über Personen angelegt, die angeblich negativ diskutierten bzw. nicht „systemgemäß“ handelten, um in Konfliktsituationen genügend „Beweismaterial“ gegen sie in Form einer „Entwicklungskartei“ vorweisen zu können⁸. Gleichzeitig wurde das Netz von GI/GM nach 1953 vor allem in Betrieben, nach 1956 dann in den Universitäten und Hochschulen sowie in kulturellen und künstlerischen Einrichtungen ausgebaut. Zudem erfolgte der Auf- und Ausbau der bewaffneten Organe der DDR⁹. Die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, die nach dem 17. Juni 1953 in den Betrieben geschaffen worden waren, wurden gleichfalls systematisch erweitert und spielten in den Krisen 1956 und 1961 eine entscheidende Rolle. Erinnert sei daran, daß diese im Herbst 1956 demonstrativ an der Humboldt-Universität in Ostberlin aufmarschierten. Auch am 13. August 1961 standen Angehörige von Berliner Kampfgruppen als „lebende“ Schutzschilde an der Sektorengrenze zu West-Berlin.

2. Die Wochen nach dem 17. Juni 1953 hatten darüber hinaus gezeigt, daß die führende Rolle der SED auch dadurch in Gefahr geraten konnte, wenn zu offener Kritik, ohne Ansehen der Person sowie zur Diskussion über die Ursachen der Unzufriedenheit aufgerufen wurde, wie kurzzeitig zwischen der 14. und 15. Tagung des ZK (21. Juni bis 23. Juli 1953) geschehen. Deshalb vermied die Ulbricht-Führung in den nächsten Jahren jede „Fehlerdiskussion“. 1956 unterband sie nach wenigen Wochen öffentliche Diskussionen um Dogmatismus und Meinungsfreiheit, als machtfähigende Forderungen nach einem „menschlichen Sozialismus“ aufkamen. Denn eine Lehre des 17. Juni war auch: keine Kompromisse oder Zugeständnisse in ideologischen Fragen.

3. Unter dem Eindruck des Juni-Aufstandes begegnete die SED-Führung Krisensymptomen mit dem massiven Ausbau ihres Informationssystems, ihrer Agitation und Propaganda. So nahmen die Berichte über Stimmungen und Meinungen, die regelmäßigen Informationsberichte zu SED-Beschlüssen bzw. zu ZK-Tagungen, Parteitagungen usw. nach dem 17. Juni 1953 zu. Und immer dann, wenn die Konflikte sich zuspitzten, mußten die SED-Parteileitungen in den Bezirken, Kreisen und Schwerpunktbetrieben bzw. -institutionen, so auch der Universität, täglich nach Berlin berichten. Auf der Ebene des Staates und der Massenorganisationen war es ähnlich. Das hatte zur Folge, daß eine große Anzahl von Funktionären zur Abfassung und Auswertung dieser Papierflut gebraucht wurde. Die Berichteschreiber hatten es allerdings inzwischen gelernt, ein gewisses Ritual zu entwickeln, das einerseits in Berlin gut ankam, andererseits so wenig wie möglich offene Flanken für Kritik von oben bot. In der Regel begannen derartige Schriftstücke immer mit positiven Beispielen, bevor dann mehr oder weniger offen auf einige „Schwierigkeiten“ bei der

⁷ Vgl. u. a. Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter, sowie ders., Mielke-Konzern.

⁸ Vgl. Roth, Der 17. Juni 1953 in Sachsen, S. 562.

⁹ Vgl. Diedrich/Wenzke, Die getarnte Armee.

Umsetzung der SED-Politik verwiesen wurde. In der Öffentlichkeit, vor allem in den Medien, spiegelte sich die tatsächliche Stimmung in der Bevölkerung nicht wider. Im Gegenteil: Schönfärberei und Fälschungen sollten den wahren Zustand, ob in der Lebensmittelversorgung oder in der Wohnungsfrage, verbergen. Besonders in Zeiten, als die Krisensymptome für jedermann sichtbar waren, war die SED-Presse voll von Schlagzeilen, die die unerschütterliche Verbundenheit zwischen Volk und Führung beweisen sollten. Die Errichtung solcher „Potemkinscher Dörfer“ verbesserte indes die Stimmung im Lande nicht; vielmehr trug das dazu bei, daß die Kluft zwischen Volk und Führung weiter vertieft wurde, weil der Widerspruch zwischen politischer Propaganda und erfahrener Wirklichkeit zu offensichtlich war und die Bevölkerung sich regelrecht entmündigt fühlte. Das aber wirkte wiederum als „konfliktverschärfendes“ Moment bis zum Ende der DDR.

4. Die Politik des „divide et impera“ gehörte gleichfalls zur Krisenbewältigungsstrategie der SED. Sie bezweckte damit, Verbindungen bzw. eine Solidarisierung zwischen kritischen oder unzufriedenen Teilen aus den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu unterbinden, um keine einheitliche Front oder gemeinsame Aktionen gegen den SED-Staat zuzulassen. Obwohl ihre Politik auf die Herausbildung einer klassenlosen Gesellschaft ausgerichtet war, spielte die SED-Politbürokratie in kritischen Situationen die Arbeiterschaft gegen die Intelligenz und umgekehrt aus. Das hatte beispielsweise im Jahre 1956 Erfolg, als der „unruhigen“ und „kritischen“ Intelligenz und ihrem Nachwuchs an den Universitäten und Hochschulen mit den „Fäusten“ der Arbeiterklasse – sprich den Betriebskampfgruppen – gedroht wurde.

4. Grundzüge der SED-Hochschulpolitik in den fünfziger Jahren

Auch an den Universitäten und Hochschulen der DDR ging es aus der Perspektive der SED-Führung um die Durchsetzung ihres unumschränkten Führungsanspruchs. Die SED-Hochschulpolitik war in den fünfziger Jahren darauf ausgerichtet, sozialistische Universitäten zu errichten, die den Auftrag hatten, eine sozialistische Intelligenz und damit neue Führungskader für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft heranzubilden. Diese Aufgabe mußte zunächst jedoch mit den alten Hochschuleliten in Angriff genommen werden, denn an den höchsten Bildungseinrichtungen waren die bürgerlichen Fachleute und Spezialisten nicht von heute auf morgen zu ersetzen. Sie stellten auch in den universitären Leitungsgremien, wie z.B. im Akademischen Senat und in den Fakultätsräten, anfangs noch die Mehrheit. Auch der Anteil der SED-Mitglieder in diesen Gremien, besonders unter den Hochschullehrern und den Nachwuchswissenschaftlern, vor allem in den medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultäten, war noch gering, ebenso der unmittelbare Einfluß der SED-Parteileitungen an der Universität.

Mit der 2. Hochschulreform von 1951 sollte dieser Zustand verändert werden. Jetzt ging es darum, den Führungsanspruch der SED an den Universitäten durchzusetzen, Ausbildung und Erziehung an den Zielen der sozialistischen Umgestaltung zu orientieren und eine „revolutionäre“ Umschichtung der Gesellschaft durch die Herausbildung einer neuen, sozialistischen Intelligenz herbeizuführen. Dieser Zielsetzung dienten die organisatorischen und strukturellen Veränderungen, die ideolo-

gische Ausrichtung der Bildungsinhalte am Marxismus-Leninismus und die Kaderpolitik der SED – in einer Verbindung von Repressions- und Förderungsmaßnahmen. Letzteres manifestierte sich darin, daß die SED-Führung – neben der Heranbildung einer neuen, parteiergebenen bzw. loyalen Intelligenz – auch die alten bürgerlichen Führungskräfte zu gewinnen suchte, indem sie ihnen materielle Privilegien zusicherte und unter Umständen gewisse gesellschaftspolitische Freiräume zuließ. Letztere schränkte sie allerdings in Zeiten „verschärften Klassenkampfes“ zu meist wieder ein. Die SED-Führung war in Zeiten der offenen Grenze in Berlin auch immer wieder zu Zugeständnissen und Kompromissen gezwungen, weil ansonsten noch mehr fähige Fachleute nach Westdeutschland abgewandert wären. Unter diesem Aspekt blieb die Politik und Praxis der Parteiführung gegenüber den sogenannten bürgerlichen Hochschullehrern in den fünfziger Jahren ambivalent, eben „dialektisch“. Die SED-Parteiführung ging davon aus, daß die sozialistische Intelligenz gegen Ende dieses Jahrzehnts in der DDR überwiege und nur noch Rudimente der alten Intelligenz existieren würden¹⁰.

5. Die Universität Leipzig

Die Leipziger Universität war in den fünfziger Jahre eine der größten deutschen Universitäten und die Wirkungsstätte zahlreicher namhafter Wissenschaftler. Hier lehrten u. a. die Germanisten Theodor Frings und Hans Mayer, der Romanist Werner Krauss, der Philosoph Ernst Bloch, der Physiker Gustav Hertz, der Ägyptologe Siegfried Morenz. Am 5. Mai 1953 erhielt die Leipziger Universität von „den zuständigen Stellen“¹¹ den Namen „Karl-Marx-Universität“ (KMU) verliehen¹². Damit wurde ihr eine „Schrittmacherfunktion“ im Kreise der Universitäten und Hochschulen der DDR bei der sozialistischen Umgestaltung der höchsten Bildungseinrichtungen zugewiesen¹³.

Nachfolgend soll gezeigt werden, welche Konflikte durch die Reglementierung des akademischen Betriebes – insbesondere von Lehre und Erziehung – durch Vorgaben der SED zur sozialistischen Umgestaltung der Universitäten und infolge eines rigiden Ideologisierungsprozesses entstanden sind. Weiteres Konfliktpotential, ausgelöst durch die Widersprüchlichkeit bzw. Unglaubwürdigkeit der SED-Deutschlandpolitik in den fünfziger Jahren, resultierte aus der Unvereinbarkeit der Orientierung auf die Einheit Deutschlands einerseits und ihrer praktischen Politik in Bezug auf die deutsch-deutschen Beziehungen andererseits; dies brach im Zusammenhang mit der Reglementierung studentischer Westreisen auf.

Gegen die diktatorischen Eingriffe in das universitäre Leben wehrten sich – wie an anderen Universitäten auch – stets einzelne Hochschullehrer und Studenten¹⁴. Repressionen in Form von Verhaftungen und/oder fristlosen Entlassungen bzw.

¹⁰ Protokoll V. Parteitag der SED, Bd. 1, S. 152.

¹¹ KMU, Abriß, S. 76.

¹² Neben dem Antrag der FDJ, der Universität den Namen von Karl Marx zu verleihen, lag ein Antrag vor, die Leipziger Universität nach Gottfried Wilhelm Leibnitz zu benennen. Vgl. KMU, Abriß, S. 76.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Kowalczyk, Von der Volkserhebung zum Mauerbau, S. 22.

Exmatrikulationen waren die Folge. Disziplinarverfahren gegen Studenten während der drei Krisen zeigen dies deutlich. Darüber hinaus erlauben konkrete Vergleichszahlen einen intensiven Einblick in den repressiven Mechanismus der SED-Herrschaft gegenüber Studenten. Auch hier kommt ihre Krisen- bzw. Konfliktbewältigungsstrategie zum Vorschein.

6. Die „marxistische Attacke“ gegen sogenannte bürgerliche Elemente an der Leipziger Universität

Als die 4. ZK-Tagung im Januar 1951 offiziell die 2. Hochschulreform einleitete, sollte auch „das Zurückbleiben der Universitäten und Hochschulen in der ideologischen Entwicklung schnell und gründlich überwunden werden“¹⁵. In der Terminologie der SED hieß das unversöhnlicher Kampf gegen alle reaktionären Ideologien und Offensive des Marxismus-Leninismus¹⁶. Zu diesem Zweck wurden das Hochschulwesen insgesamt und die einzelnen Universitäten neu organisiert. Dabei ging es vor allem um die obligatorische Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums (Gewi) und des Russischunterrichts für alle Studenten, aber auch um die Ausbildung nach verbindlichen Studienplänen sowie um den Ausbau der Positionen von Partei und FDJ an den Hochschulen. Das wiederum waren jene Konfliktfelder, die in den fünfziger Jahren immer wieder zu prinzipiellen Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Studentenschaft und Hochschullehrern einerseits und den SED-Leitungen andererseits führen sollten.

Mit der Beschleunigung der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft nach der 2. SED-Parteikonferenz wurden bisherige taktische Rücksichtnahmen auf sogenannte bürgerliche Elemente unter Professoren und Studenten an der Leipziger Universität über Bord geworfen. Nun waren jene Genossen an der Leipziger Universität gefragt, die bereits 1950 „die stickige Atmosphäre“ beklagt hatten, da der „Kampf gegen die bürgerliche Wissenschaft“ noch nicht geführt worden sei¹⁷. Das Studienjahr 1952/53 sollte ganz im Zeichen der „marxistischen Attacke“ stehen. SED-Parteileitungen einzelner Fakultäten griffen direkt in die Arbeit von Hochschullehrern ein, wenn es um die beschleunigte Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der Lehre ging. Das betraf allerdings nicht nur das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium. An der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Leipziger Universität beispielsweise faßte die Parteileitung den Beschluß, daß alle Vorlesungsmanuskripte zur Einsichtnahme ausgelegt und Fünfer-Studentengruppen zur Besprechung der jeweiligen Vorlesung gebildet werden sollten. Parteitreue FDJ-Funktionäre mischten sich sogar in die „Personalpolitik“ ein, wie beispielsweise an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Der Akademische Senat der Universität sprach davon, daß einige FDJ-Funktionäre an dieser Fakultät eine „geheime eigene Regierung gegenüber dem Institutsdirektor betrieben“¹⁸.

¹⁵ KMU, Abriß, S. 63.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ SED-PO KMU, Protokoll über die Sitzung der Parteileitung mit Professoren, Assistenten, wissenschaftlichen Nachwuchskräften, 5. 10. 1950, in: STAL, SED IV/4/14/19, Bl. 2.

¹⁸ KMU Leipzig, Rektorat, Stellungnahme des Senats zu den Vorschlägen des Herrn Staatsse-

Das Studienjahr 1952/53 begann an der Leipziger Universität – wie auch an anderen Hochschulen – auf „höhere Weisung“ mit Säuberungsaktionen unter der Studentenschaft, verbunden mit Exmatrikulationen von solchen Studenten, die „nicht die moralische und fachliche Qualität aufwiesen, die Studienbummelei betrieben oder eine sowjetfeindliche, antidemokratische Haltung einnahmen“¹⁹. Studenten, die „RIAS-Hörer“ waren und „RIAS-Lügen verbreiteten“, wurden von der Universität entfernt. Bis Jahresende 1952 sollten zunächst 103 Studenten (von ca. 8500 Studenten) aus diesen Gründen exmatrikuliert werden²⁰. Einzelne Hochschullehrer setzten sich gegen derartige Praktiken zur Wehr. Die Säuberungsaktionen im Herbstsemester 1952/53 sollten indes nur ein „Vorgeplänkel“ sein; sie erreichten ihren Höhepunkt mit den Auseinandersetzungen um die Junge Gemeinde bzw. die Evangelische Studentengemeinde im Frühjahrssemester 1952/53²¹.

Der 17. Juni 1953 und der Neue Kurs unterbrachen jedoch die beschleunigte sozialistische Umgestaltung der Leipziger Alma mater, bevor sie dann ab Mitte der fünfziger Jahre erneut als Aufgabe gestellt wurde. Bis dahin unterließ die Ulbricht-Führung mehr oder weniger radikale Maßnahmen zur Umsetzung ihrer führenden Rolle an Universitäten und Hochschulen. Auf der anderen Seite verstärkte das MfS die „operative Bearbeitung“ der KMU, um damit die „mangelhafte Arbeit der Vergangenheit“ zu überwinden²². Am Ende des Studienjahres 1952/53 waren 50 Geheime Informatoren an der Universität im Einsatz. Dieses Spitzelnetz hielt die Bezirksverwaltung des MfS für „zu gering“ und baute es in den kommenden Jahren erheblich aus²³. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der Medizinischen Fakultät, der Veterinärmedizinischen Fakultät, der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und den chemischen Instituten. In diesen Einrichtungen waren in den fünfziger Jahren vorwiegend sogenannte bürgerliche Professoren und Dozenten tätig, während sich SED-Mitglieder in der Minderheit befanden. Wie später noch zu zeigen sein wird, verhinderte der Ausbau der geheimdienstlichen Spitzelarbeit in diesen Bereichen nicht, daß Studenten gerade dieser Fakultäten in den folgenden Jahren an der Spitze der Proteste gegen die SED-Politik standen.

7. Die Verschärfung des Klassenkampfes an der KMU Leipzig Mitte der fünfziger Jahre

Auch Mitte des Jahrzehnts mußte die SED-Führung eingestehen, daß trotz Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums, der besonderen Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern u.ä. die sogenannte bürgerliche Ideologie

ketärs auf der erweiterten Rektorenkonferenz über neue Maßnahmen der Hochschulpolitik, 11. 7. 1953, in: UAL, Rektorat (R), 120.

¹⁹ Die FDJ als Interessenvertreter der Studenten, 1952–1957, Referat im Rahmen eines Spezialseminars zur Geschichte der Leipziger Universität, 1958, S. 9, im UAL eingesehen.

²⁰ SED-BL Leipzig, Bericht über die Untersuchung der PO der Universität Leipzig, 12. 12. 1952, in: STAL, SED IV/2/4/348, Bl. 184.

²¹ Zur Kampagne gegen die Junge Gemeinde siehe u.a.: Koch, Die Junge Gemeinde; sowie Wentker, „Kirchenkampf“ in der DDR.

²² BStU, Asst. Leipzig, Leitung, 195/03, Bl. 132 ff.

²³ Ebenda.

weiterhin „einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Erziehung und Ausbildung der Studenten“ nahm, und „ein Teil der Wissenschaftler und Studenten [...] sich in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus noch nicht eindeutig für den Sozialismus entschieden habe und ideologisch zwischen zwei Welten wandere“²⁴. Im Vergleich zu anderen Bereichen der Gesellschaft sei – nach Meinung der SED-Funktionäre – die Erziehung der Intelligenz und ihres akademischen Nachwuchses hinter der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben. Ursachen sah die Parteiführung in der ungenügenden politisch-ideologischen Erziehungsarbeit an den Universitäten und Hochschulen. Im Verlaufe der nächsten Monate und Jahre sollten die Universitäten und Hochschulen zu einem Schwerpunkt der Klassenauseinandersetzung werden.

In der bisherigen Literatur wird in diesem Kontext davon ausgegangen, daß die vielfältigen Proteste an den Universitäten und Hochschulen gegen das SED-Regime erst mit den Enthüllungen des XX. Parteitages der KPdSU (14.–25. Februar 1956) über Stalins Verbrechen, vor allem jedoch nach den Unruhen in Polen und Ungarn im Oktober/November 1956 auftraten²⁵. Bemerkenswert ist aber, daß es schon vor dem XX. Parteitag erhebliche Widerstände gegen die SED-Diktatur an der Leipziger Universität gegeben hat. So informierte der Rektor bereits im Januar dieses Jahres das Staatssekretariat für Hochschulwesen darüber, daß unter Studenten und Professoren der Medizinischen Fakultät Forderungen nach freien Wahlen, Kritik an der Presse und „feindliche Äußerungen gegenüber der FDJ“, die „keine demokratische Organisation“, sondern ein „Anhängsel der SED“ sei, aufgetreten wären. In einem Informationsbericht heißt es: „Es gab solche Meinungen, daß die Stimmung wieder der vor dem 17. Juni 1953 gleiche und die Funktionäre wieder alles gutheißen.“²⁶ Nach dem XX. Parteitag der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED (24.–30. März 1956) wurden dann erneut – wie bereits im Jahre 1953 – Forderungen laut, die auf die Ablösung Ulbrichts hinausliefen, weil er im Zusammenhang mit den Enthüllungen über die Verbrechen Stalins „ungenügende Selbstkritik“ geübt habe²⁷. Zu Beginn des Frühjahrssemesters 1956 meldete das Leipziger Rektorat eine „Verschärfung der politischen Diskussion“ nach Berlin²⁸. Es teilte mit, daß überall die „Verbesserung des gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts“ angemahnt würde. Und der Bericht wurde noch deutlicher: „Das jetzige Grundstudium wird von der Mehrheit der Studenten als nutzlos empfunden und nicht ernst genommen.“²⁹

Anstatt mit den Studenten vor Ort über ihre Kritik sachlich zu diskutieren, wurden nach der 3. SED-Parteikonferenz weitere Eingriffe in die Lehrinhalte und Erziehungsprozesse vorgenommen. Im April 1956 trug Ulbricht – zunächst vor den Parteiaktivisten des Bezirkes Leipzig – seine Forderungen zur Veränderung von akademischen Lehrinhalten vor. Dabei ging es vor allem darum, die Ausbildung der

²⁴ KMU, Abriß, S. 81 f.

²⁵ Kowalczyk, Von der Volkserhebung zum Mauerbau, S. 22.

²⁶ KMU Leipzig, Rektorat, Informationsbericht an das Staatssekretariat vom 11. 1. 1956, in: UAL, R. 123, Bl. 9.

²⁷ KMU Leipzig, Rektorat, Informationsbericht an das Staatssekretariat vom 5. 4. 1956, in: UAL, R. 123, Bl. 15.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Ebenda, Bl. 18.

Studenten an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft anzupassen, d.h. Führungskräfte für die LPG heranzubilden³⁰. Zwei Tage später sprach Ulbricht auf einer Vollversammlung dieser Fakultät zur sozialistischen Perspektive in der Landwirtschaft und den daraus entstehenden Konsequenzen für die Ausbildung der Studenten. Im Gegensatz zu den Parteiaktivisten, die Ulbrichts „richtungsweisende Ausführungen“ mit stürmischem Beifall begrüßt hatten, erfuhr der 1. SED-Sekretär bei den Studenten jedoch offene Ablehnung. In einer „Bürovorlage“ der SED-Bezirksleitung heißt es hingegen: „Während der Ausführungen des Gen. Walter Ulbricht kam es zu provokatorischen Äußerungen der Masse der Studenten (Zischen und Scharren) und zu Zwischenrufen einzelner Professoren.“³¹ In der anschließenden Diskussion kritisierten Studenten „im scharfen Ton“ Ulbrichts Ausführungen. Auch einzelne Professoren sollen sich „unverschämt“ benommen haben. Nach Darstellung der SED-Bezirksleitung hätten sich die in der Vollversammlung anwesenden Mitglieder der Partei (ca. 60) gegenüber „den feindlichen Äußerungen“ passiv verhalten. Ein SED-Professor hielt später das „schroffe Auftreten Ulbrichts“ für „unmöglich“. „Kein anwesendes Mitglied der Partei trat gegen die Unverschämtheiten einzelner Professoren und der Studenten auf“, empörte sich die SED-Bezirksleitung³².

Nun war die Universitätsparteileitung gefragt, doch sie unternahm zunächst nichts. Sie sah „in der falschen Darlegung einiger Fakten im Referat des Gen. Ulbricht“ die eigentlichen Ursachen für das „flegelhafte“ Auftreten der Studenten³³. In der Bezirksparteileitung standen die Zeichen auf Kampf angesichts der „Majestätsbeleidigung“ des ersten Mannes im Staate DDR und der „kapitulantenhaften“ Haltung der Universitätsparteileitung³⁴. Wie nach dem 17. Juni 1953 wurde eine parteimäßige Untersuchung angeordnet, weil man davon ausging, daß das „provokatorische“ Auftreten gegenüber dem 1. SED-Sekretär darin zu suchen sei, daß es „keine systematische Erziehungsarbeit der Professoren und Studenten durch die Parteiorganisation an der Fakultät [gäbe]. Es gibt im Lehrkörper keine Klarheit über die Gesetzmäßigkeiten des Sieges des Sozialismus in der Welt, über die sozialistische Perspektive Deutschlands und in der Landwirtschaft der DDR [sowie] keine gründliche Auswertung des XX. PT“³⁵. Im Mai 1956 rügte die SED-Bezirksleitung die Parteiorganisation der KMU öffentlich in der „Leipziger Volkszeitung“. Dieser wurde vorgehalten, daß es „ernste Anzeichen eines Zurückweichens vor der bürgerlichen Ideologie“ gäbe. Dagegen hätten in den Parteiorganisationen der Industrie-

³⁰ SED-BL Leipzig, Bezirksparteiaktivkonferenz, 5. 4. 1956, STAL, SED IV/2/2/101, Bl. 36.

³¹ SED-BL Leipzig, Bürovorlage zur Frage der Fakultätssitzung in der Lagäfa der KMU am 7. 4. 1956, vom 11. 4. 1956, in: STAL, SED IV/2/9/02/521, Bl. 291.

³² Ebenda.

³³ Ebenda, Bl. 292.

³⁴ In der Universität wurden sicherlich Erinnerungen wach an jene Wochen nach dem 17. Juni 1953, als die SED-Bezirksleitung der Universitätsparteileitung bereits kapitulantenhaftes Verhalten vorgehalten hatte, und die Universitäts-Funktionäre sich wochenlang dagegen verwehrt hatten, bevor im September u. a. der Sekretär der Universitätsparteileitung – in diesem Falle ein vom ZK eingesetzter Parteiorganisator – abgelöst und parteierzieherisch bearbeitet wurde.

³⁵ SED-BL Leipzig, Bürovorlage zur Frage der Fakultätssitzung in der Lagäfa der KMU am 7. 4. 1956, vom 11. 4. 1956, in: STAL, SED IV/2/9/02/521, Bl. 292.

betriebe und der Landwirtschaft des Bezirkes „die feindlichen Angriffe des Klassengegners wenig Wirkung“³⁶.

Im August 1956 nahm Kurt Hager an einem SED-Bezirksparteiaktiv teil und sprach zu den „ideologischen Aufgaben“. Er forderte die Parteiaktivisten dazu auf, „die Menschen von der Richtigkeit unserer Politik [zu] überzeugen“³⁷. Für die Universitäten und Hochschulen bedeute das, daß vor allem „Kader für die sozialistische Wirtschaft und den sozialistischen Staat ausgebildet“ würden. Hager beklagte den Zustand, daß es sich die Studenten immer noch aussuchen könnten, ob sie nach Abschluß ihres Studiums in einen „kapitalistischen Betrieb oder in den Einzelbetrieb oder in einen sozialistischen Betrieb“ gingen. Er forderte an gleicher Stelle aber auch dazu auf, „in den Mitgliederversammlungen, in den Seminaren unseres Parteilehrjahres, an unseren Schulen und an den Universitäten und Hochschulen eine echte und offene Diskussion über alle Fragen (zu) haben.“ Seine Schlußfolgerung lautete: „In Deutschland müssen wir den Marxismus, der aus Deutschland kommt, weiterentwickeln.“

Auf Anforderung des ZK der SED wurde im September 1956 an der Universität Leipzig eine Analyse zum „Stand der ideologischen Arbeit“³⁸ erarbeitet. Die Analyse beginnt u. a. mit der Feststellung, daß nach dem XX. Parteitag der KPdSU an der Universität „viele kleinbürgerliche Auffassungen“ aufgetreten seien und das „Neue der Aufgabenstellung“ zugunsten einer Orientierung auf die Fragen des Personenkults um Stalin in den Hintergrund gerückt sei.³⁹ Außerdem habe man versucht, „unberechtigte Vergleiche“ zum ZK zu ziehen: „Die vom Personenkult abgeleiteten Fragen in der Richtung der Kritik gegen unser ZK, insbesondere gegen die Person des Genossen Walter Ulbricht, sind in den meisten Fällen geklärt und wurden als eine feindliche Position zerschlagen.“⁴⁰

Doch entgegen dieser Annahme kam es in den folgenden Monaten an allen Fakultäten und Instituten zu noch heftigeren Diskussionen um die SED-Politik. Diskutanten beriefen sich auf Ulbrichts Ausführungen auf jener Parteiaktivtagung vom April 1956, als er die SED-Genossen dazu aufgefordert hatte, „selbständig zu denken“ und „nicht erst [zu] telefonieren, welche Meinung die Bezirksleitung oder das ZK haben“⁴¹. Nach den Ereignissen in Polen und Ungarn spitzte sich die Situation weiter zu. Die Parteiführung ordnete tägliche Berichterstattung über alle Vorgänge an den Universitäten und Hochschulen und eine engere Zusammenarbeit mit der Stasi an. Daraufhin erließ das MfS eine „Richtlinie über die Abwehr feindlicher Tätigkeit gegen die Universitäten und Hochschulen“⁴².

Am 8. November 1956 berichtete die Leipziger Universitätsleitung nach Berlin, daß es über die Ereignisse in Ungarn „noch wesentliche Unklarheiten“ gäbe, jedoch

³⁶ Aus dem Bericht des Büros an die Bezirksleitung der SED, in: Leipziger Volkszeitung, 17. 5. 1956.

³⁷ SED-BL Leipzig, SED-Parteiaktivtagung vom 10. 8. 1956, in: STAL, SED IV/2/2/102, Bl. 87.

³⁸ SED-BL Leipzig, Stand der ideologischen Arbeit an der Universität, den Hoch- und Fachschulen vom 1. 9. 1956, in: STAL, SED IV/2/9/02/521, Bl. 128–145.

³⁹ Ebenda, Bl. 128.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ SED-BL Leipzig, Bezirksparteiaktivkonferenz, 5. 4. 1956, in: STAL, SED IV/2/2/101, Bl. 40.

⁴² Kowalczyk, Von der Volkserhebung zum Mauerbau, S. 25.

„dank der Arbeit der fortschrittlichen Lehrkräfte und Funktionäre aus gesellschaftlichen Organisationen keine Provokationen aufgetreten seien“⁴³. Heftige Diskussionen gäbe es jedoch über den Russisch-Unterricht. Das 1. Studienjahr Medizin hatte am 6. November eine Resolution vorgelegt, in der gefordert wurde, den Unterricht nur noch fakultativ durchzuführen⁴⁴. Rektor und Akademischer Senat sicherten den Studenten zu, daß „über bestimmte Punkte“ gesprochen und „berechtigten Beschwerden“ abgeholfen werde⁴⁵. Offensichtlich reichte einem Teil der Studenten diese Zusage nicht aus, sie entwickelten daher eigene Initiativen. Eine Gruppe von Medizinstudenten des siebten Semesters, unter ihnen einige Nichtmitglieder der FDJ, bereiteten eine Resolution vor, die sie ihren Kommilitonen in Vorlesungspausen zur Unterschrift vorlegten, um diese dann an das Staatssekretariat für Hochschulwesen zu schicken⁴⁶. Darin schlugen sie vor, „die Studienarbeit intensiver und reichhaltiger [zu] gestalten“. Es handelte sich einmal darum, daß sie eine „nochmalige Prüfung in Gesellschaftswissenschaften zum Staatsexamen“ für „eine unnötige Belastung“ hielten, nachdem bereits am Ende des dritten Studienjahres eine Prüfung stattgefunden hatte. Zur „Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts“ schlugen sie vor, daß zukünftig der Russischunterricht für Mediziner nicht mehr obligatorisch durchgeführt werden sollte, da andere Sprachen, die für Mediziner „unmittelbar notwendig“ seien (Latein, Griechisch), vernachlässigt würden. Sie plädierten für die „freie Wahl einer Fremdsprache“. Auch Angehörige des Lehrkörpers, darunter der Dekan der Veterinär-Medizinischen Fakultät, waren gleichfalls der Meinung, daß Medizinstudenten weder Russisch noch Englisch bräuchten⁴⁷. Die Resolution wurde von 140 Studenten unterschrieben. FDJ-Funktionäre der Medizinischen Fakultät erklärten diese Resolution jedoch für „illegal“ und bestanden darauf, daß derartige Angelegenheiten nur von der FDJ-Leitung bzw. einer FDJ-Versammlung geregelt werden könnten⁴⁸. So zerknüllte ein FDJ-Funktionär ein Exemplar der Resolution vor seinen Kommilitonen. Ein anderer FDJ-Funktionär zog Parallelen zu Ungarn, indem er feststellte, daß auch dort „das Blutvergießen“ mit derartigen Forderungen angefangen habe: „Glaubt ja nicht, daß bei uns in der DDR so etwas möglich sein wird wie in Ungarn. Die Arbeiter- und Bauern-Macht steht fester denn je und wird einen eventuell aufkommenden zweiten 17. Juni schon im Keime ersticken.“⁴⁹ Eine derartige Drohung trug natürlich nicht zur Beruhigung der Gemüter bei. Ein anderer Medizinstudent erwiderte: „Wir haben schon lange kein Vertrauen mehr zur FDJ. Der Stalinismus ist besiegt, wir müssen jetzt nur noch hier die kleinen Stalins beseitigen.“⁵⁰ Schließlich einigte man sich, eine Semestervollversammlung einzuberufen. Diese fand auch statt. Später wurde den Initiatoren der Resolution vorgeworfen, sie hätten diese Zusammenkunft ge-

⁴³ Universität Leipzig, Rektorat, Informationsbericht an das Staatssekretariat, 5. 4. 1956, in: UAL, R. 123, Bl. 26.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ Universität Leipzig, Rektorat, Sitzung des Akademischen Senats vom 8. 12. 1956, in: UAL, R., Film 439.

⁴⁶ Universität Leipzig, Justiziar, Kopie der Resolution, in: UAL, J. 21, Bd. 09, Bl. 177.

⁴⁷ Universität Leipzig, Rektorat, Sitzung des Akademischen Senats vom 10. 11. 1956, in: UAL, R., Film 439.

⁴⁸ Universität Leipzig, Justiziar, in: UAL, J. 21, Bd. 09, Bl. 161.

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Ebenda.

nutzt, um jene Kräfte, die nicht in der FDJ waren, zusammenzufassen und gegen die FDJ auszuspielen. Das würde nicht nur gegen die Disziplin an der Universität, sondern auch „gegen Grundsätze des gesellschaftlichen Lebens im Rahmen der von der Staatsmacht uns zur Verfügung gestellten Möglichkeiten verstoßen“⁵¹. Die Vor-kommnisse wurden später als „eine Provokation unerhörten Ausmaßes, die seit der Wiedereröffnung der Universität seit 1945 kein Beispiel“ habe, dargestellt⁵².

Es war wie immer in derartigen Situationen: Die angeblichen Provokationen wurden auf die Einwirkung des „imperialistischen Klassenfeindes“ zurückgeführt. In einer „Erklärung der SED-Universitätsparteileitung“ wurden die Initiatoren der Resolution als „Provokateure und Agenten“ bezeichnet⁵³. Forderungen der Medizinstudenten seien genau jene gewesen, die vom RIAS verbreitet worden seien. Eiligst wurden Disziplinarverfahren eingeleitet und durchgeführt. Nicht immer reichten den SED-Funktionären die dabei ausgesprochenen Strafen aus. So verabschiedete die Delegiertenkonferenz der SED-Parteiorganisation KMU am 21./22. Dezember 1956, an der Ulbricht teilnahm, eine „Entschließung“. Darin wurde der Rektor als Vorsitzender des Disziplinarausschusses aufgefordert, das Urteil im Verfahren gegen einen Medizinstudenten, der ein „reaktionäres Programm an der Med. Fak entwickelte und vertrat, das den Weisungen und Wünschen des internationalen Imperialismus entsprach, der versuchte, die Studenten gegen die FDJ aufzuwiegeln und gegnerische Kräfte in die FDJ-Leitung zu bringen, der unsere Staatsorgane grob verleumdete, indem er öffentlich die lügnerische Behauptung aufstellte, er würde von unseren Staatsorganen verfolgt, weil er seine Meinung frei vertreten habe“, zu korrigieren und statt „strengem Verweis“ eine Relegation auszusprechen. „Wir lassen nicht zu, daß dieser Provokateur an der Universität verbleibt und fordern, daß das Urteil gegen B. beschleunigt revidiert und H. B. relegiert wird.“⁵⁴ Der Student entzog sich durch „Republikflucht“ einer Bestrafung und wurde in Abwesenheit relegiert⁵⁵.

8. „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“

Die Delegiertenkonferenz der SED-Universitätsparteiorganisation am Ende des Jahres 1956 forderte, das „Verständnis für die geschichtlich einzig richtige Politik“ der SED zu erhöhen, die „politische Verbundenheit der Intellektuellen“ mit der SED und der DDR zu festigen und „in allen Fakultäten und Institutionen der sozialistischen Ideologie einen festen und unerschütterlichen Platz einzuräumen“⁵⁶. Rückblickend wurde das Jahr 1957 in einem historischen Abriß „KMU 1945–1976“

⁵¹ Ebenda, Bl. 182.

⁵² Ebenda.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ SED-PO KMU, An den Rektor der KMU, Schreiben der Delegiertenkonferenz der SED-PO vom 22. 12. 1956, in: STAL, SED IV/4/14/005–008, unpag.

⁵⁵ Universität Leipzig, Justiziar, Disziplinarverfahren, in: UAL, J. 21, Bd. 09.

⁵⁶ SED-PO KMU, Entschließung der Delegiertenkonferenz der SED-PO KMU am 21./22. 12. 1956, in: STAL, SED IV/4/14/005–009, unpag.

als „entscheidendes Jahr der ideologischen Auseinandersetzung an der Universität mit allen Angriffen auf den Sozialismus“ bezeichnet⁵⁷.

Nach der 30. Tagung des ZK der SED (30. Januar–1. Februar 1957), auf der „die neuen Aufgaben auf ideologischem Gebiet“ vorgegeben und sogenannte „revisionistische Konzeptionen“ von Schirdewan, Wollweber und Ziller „zerschlagen“ wurden, gewannen die Auseinandersetzungen an der Leipziger Universität an Schärfe. Zunächst sollte „allen provokatorischen Elementen das Handwerk gelegt, Unruhestifter verjagt und die fachliche Ausbildung so gestaltet werden, daß sie den Anforderungen der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft entspricht“. Die SED-Funktionäre wollten die Studenten „zu bewußten Kämpfern für den Sozialismus“ erziehen⁵⁸. Die SED-Funktionäre der Universität sahen ihre „vordringlichste Aufgabe“ nun darin, die Mehrheit der Wissenschaftler, Studenten, Arbeiter und Angestellten unserer Universität eng um die Partei zusammenzuschließen. Damit wollten sie „helfen, unsere DDR zur unerschütterlichen Bastion des Kampfes gegen die aggressiven westdeutschen Militaristen zu machen, der nur unter Führung der Partei der Arbeiterklasse erfolgreich sein kann. Prüfstein für das patriotische Denken und Handeln aller Universitätsangehörigen ist dabei die Stellung zur DDR. [...] Frieden in Europa kann nicht anders heißen als Beseitigung des Militarismus und Monopolkapitalismus in Westdeutschland und Beendigung der NATO-Politik. [...] Es muß allen Mitgliedern an unserer Universität bewußt gemacht werden, daß an unseren Universitäten nur studieren kann, wer der Arbeiter-und-Bauern-Macht treu ergeben ist“⁵⁹.

Ulbricht nahm auf einer SED-Bezirksleitungssitzung im April 1957 nochmals zu Fragen des Meinungsstreits an der Leipziger Universität unmißverständlich Stellung: „Wir haben ihnen gesagt, bei uns gibt es demokratische Freiheit in den Universitäten und Institutionen, dort können die Leute diskutieren, wenn sie aber auf die Straße gehen, werden wir sie schlagen, daß von ihnen nicht mehr viel übrig bleibt. [...] Sie haben die Freiheit bis zur Tür, aber wenn sie auf die Straße gehen, dann treten nicht nur die in Erscheinung, die nur die Fäuste haben [sic]. Sie haben dann kein Recht, sich darüber zu beschweren. Sie waren aber klug genug, das nicht zu tun und haben damit ihr Leben gerettet. Wir haben nämlich keinen Zweifel daran gelassen, wie das weiter geht, denn wir sind nicht in Budapest und bei uns gibt es solche Experimente nicht.“⁶⁰

Zu Beginn des neuen Studienjahres 1957/58 formulierte die SED-Bezirksparteileitung den Erziehungsauftrag für die KMU erneut: „Es genügt heute nicht mehr, daß Studenten die Universität verlassen, die nicht feindlich zu uns stehen, die loyal die Arbeiter- und Bauern-Macht anerkennen, sondern wir brauchen Studenten, die mit der ganzen Kraft ihrer Person und ihrer ganzen Hingabe für die Sache des Sozialismus eintreten.“⁶¹ Damit klang auch erstmals im Hochschulbereich die später zur Allgemeingültigkeit erhobene Maxime der SED an: Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns.

⁵⁷ KMU, Abriß, S. 87.

⁵⁸ SED-PO KMU, Parteiaktivtagung vom 18. 3. 1957, in: STAL, SED IV/4/14/13, Bl. 4 ff.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ SED-BL Leipzig, 7. Sitzung der SED-BL, 11. 4. 1957, in: STAL, SED IV/2/1/56, Bl. 212 f.

⁶¹ SED-BL Leipzig, Bezirksparteiaktivtagung, 29. 10. 1957, in: STAL, SED IV/2/2/110, Bl. 23.

Bei der sozialistischen Erziehung der Studenten sollte zukünftig die gesellschaftliche Praxis und der direkte Einfluß der Arbeiterschaft verstärkt werden.⁶² Paul Fröhlich, der Erste Sekretär der Leipziger Bezirksleitung, verwies auf positive Beispiele: „Das Auftreten von Arbeitern an der Universität in Leipzig hat doch eigentlich gezeigt, [...] wie fähig die Arbeiter auf dem Gebiet sind, den Marxismus-Leninismus vor Professoren, Dozenten und Studenten nicht nur zu verteidigen, sondern offensiv zu vertreten.“ Er attestierte den „besten und bewußtesten Arbeitern“, daß sie „mit ihrer einfachen Arbeiterlogik [...] alles das wie Spinnwebgewebe beiseite schieben. [...] Sie können das oft theoretisch nicht schön formulieren. Wir werden sie aber dazu erziehen.“⁶³ Die Arbeiter in den Betrieben sollten beispielsweise Studenten zur Rechenschaft ziehen und sie über ihr Auftreten in politischen Diskussionen befragen. Sie hätten dazu ein Recht, weil Studenten auf ihre Kosten studieren würden. Doch in der Realität kümmerten sich die Arbeiter offenbar nicht um solche Vorgaben; sie waren zufrieden, wenn die Studenten in ihren Praktika ordentlich arbeiteten.

Neue Konflikte waren vorprogrammiert, als die Parteiführung die „Herausbildung von Hochschulen sozialistischen Typs“ als „härtesten Klassenkampf“ charakterisierte⁶⁴. Unter anderem zielte die SED-Führung jetzt stärker auf „die militärische Ausbildung der Studenten“⁶⁵ und auf die Durchsetzung des Marxismus an allen Fakultäten. Hager stellte unmißverständlich fest: „Es muß der Liberalismus absolut beseitigt werden. Wir können auf keinem Gebiet nichtmarxistische Wissenschaftler gebrauchen oder zumindest Wissenschaftler, die den Marxismus nicht kennen.“⁶⁶ Die Folge dieses Generalangriffs auf alles „Nichtmarxistische“ bis Anfang 1958 war, daß der Universität immer mehr fähige Wissenschaftler, vor allem Mediziner, gen Westen davonliefen. Um diesen Trend zu stoppen, wurden neue Programme zur „Förderung der medizinischen Intelligenz“ verabschiedet und bestimmte Vorgaben zur Immatrikulationspolitik korrigiert. Das veranlaßte die Universitätsleitung u. a. dazu, die Anforderungen an einen zukünftigen Medizinstudenten zu überdenken, d. h. ein „Minimum der Anforderungen“ zu entwickeln. Sie korrigierte damit bisherige politische Vorgaben. Jetzt orientierte sie auf nachfolgende Bedingungen: „Der betreffende Bewerber darf keine feindliche Haltung gegenüber unserem Arbeiter- und Bauern-Staat einnehmen, über bestimmte Mängel im gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht kann man hinwegsehen. Der Bewerber ist bereit, an der Reservistenausbildung teilzunehmen.“⁶⁷

Zu Beginn des Studienjahres 1958/59 informierte Hager die Genossen der SED-Parteioorganisation der KMU über die neue Linie, ohne jedoch Selbstkritik zu üben bzw. Verantwortung für die falsche Weichenstellung in den vergangenen Monaten zu übernehmen: „Im Kommunique des Politbüros zu Fragen des Gesundheitswesens und der medizinischen Intelligenz wird noch einmal klar zum Ausdruck gebracht, daß die Ausübung des Arztberufs oder einer wissenschaftlichen Tätigkeit nicht an die Verpflichtung zum dialektischen Materialismus gebunden ist, sondern

⁶² SED-BL Leipzig, Bezirksparteiaktivtagung, 16. 7. 1957, in: STAL, SED IV/2/2/108, Bl. 20 ff.

⁶³ Ebenda, Bl. 91.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ SED-PO KMU, Sitzung der UPL, 26. 11. 1957, in: STAL, SED IV/4/14/32, Bl. 256.

⁶⁶ Ebenda, Bl. 263.

⁶⁷ SED-PO KMU, Informationsbericht, 27. 2. 1958, in: STAL, SED IV/4/14/42, Bl. 147.

es völlig dem Wissenschaftler überlassen bleibt, welche Weltanschauung er sich zu eigen macht. Wir betrachten den Wissenschaftler als Kenner seines Fachs und beurteilen ihn nach seiner fachlichen Leistung. Es kommt jedoch vor, daß Wissenschaftler, die fachlich hervorragendes [sic] leisten, eine verworrene Weltanschauung haben oder falsche politische Ansichten. Dann muß man offen diskutieren.“⁶⁸

In den folgenden Monaten kam es zu einer vorübergehenden Verlangsamung der sozialistischen Umgestaltung. In dieser Phase wurden u.a. an der Leipziger Universität einige Disziplinarverfahren gegen Studenten überprüft und die Immatrikulationspraxis gelockert.⁶⁹

Die „Windstille“ war jedoch nur kurzfristig. 1960/61 wurden erneut die Zügel angezogen. „Im Mittelpunkt der politisch-ideologischen Arbeit unter den Studenten muß die Erziehung zu einem festen Klassenstandpunkt stehen, d.h. die feste Überzeugung von der einzig möglichen, der sozialistischen Perspektive, unveröhnlicher Haß und Kampfbereitschaft gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg, festes Vertrauen zur Arbeiter- und Bauernmacht, zur SED und der von ihr betriebenen Politik“⁷⁰. „Jeder Student muß davon überzeugt werden, daß die DDR der einzig rechtmäßige Staat auf deutschem Boden ist, der eine konsequente Politik des Friedens im Interesse des werktätigen Volkes verwirklicht und den Weg in eine glückliche Zukunft, sozialistische Zukunft weist. [...] Die Studenten sollen zur Bereitschaft erzogen werden, für diesen Staat bedingungslos und ohne jedwede Einschränkung, auch unter Hintenanstellung [sic] persönlicher Wünsche und Absichten alles zu geben“. In diesem Zusammenhang bahnte sich der nächste Konflikt an, als die Studenten ihre „bedingungslose Ergebenheit“ mit ihrer Unterschrift unter eine Verpflichtung zum Schutze des sozialistischen Vaterlandes dokumentieren sollten. War es in den vorangegangenen Jahren zunächst für männliche Studenten um die „Reservistenausbildung“ in den Semesterferien gegangen, sollten sie sich unmittelbar nach dem 13. August 1961 verpflichten, das Studium zu unterbrechen und sofort in die NVA einzutreten. Nach der völligen Abschottung der DDR brauchte man keine taktische Rücksicht mehr zu nehmen und ging sofort mit disziplinarischen Maßnahmen gegen jene Studenten vor, die sich derartigen Verpflichtungen entzogen.

9. Ernst Blochs Kritik am DDR-Sozialismus und ihre Folgen

Zum gleichen Zeitpunkt, als insbesondere die Studenten der Veterinär-Medizinischen und der Medizinischen Fakultät sich angeblich „provokatorisch“ verhielten, weil sie sich gegen die Einmischung der Parteiführung in Ausbildungsprozesse zur Wehr setzten bzw. sachliche Vorschläge zur Verbesserung des Studiums gemacht

⁶⁸ SED-PO KMU, Mitgliederversammlung vom 22. 9. 1958, in: STAL, SED IV/4/14/9, Bl. 107f.

⁶⁹ SED-PO KMU, Informationsbericht der UPL, 20. 11. 1958, in: STAL, SED IV/4/14/42, Bl. 229.

⁷⁰ SED-PO KMU, Sitzung der UPL, 23. 9. 1961, in: STAL, SED IV/4/14/37, unpag.

hatten, kritisierten auch einige Ordinarien der Leipziger Universität unmißverständlich das Niveau des akademischen Unterrichts, allen voran Ernst Bloch⁷¹.

Seit seiner Berufung zum Direktor des Philosophischen Instituts im Juni 1948 hatte Ernst Bloch an der Universität zahlreiche Gegner. Da waren einmal jene bürgerlichen Wissenschaftler, die ihn wegen seiner politischen Haltung ablehnten⁷². Sein philosophischer und politischer Hauptgegner war jedoch Rugard-Otto Gropp, Leiter der Abteilung Dialektischer und historischer Materialismus des von Bloch geleiteten Instituts für Philosophie⁷³. Er hatte Funktionäre der SED-Betriebsleitung hinter sich, die bereits 1950 in einem internen Papier zu dem Urteil gekommen waren, daß Bloch „als dialektischer Materialist auftritt, aber der Inhalt seiner Vorlesungen [...] alles andere als marxistisch-leninistisch“ sei⁷⁴. Seine Gegner konnten sich anfangs nicht durchsetzen. Obwohl auch ihnen manches an der Blochschen Philosophie suspekt, weil idealistisch gefärbt war, schmückten sich Ulbricht und Hager mit seiner Anwesenheit und wiesen die Leipziger SED-Funktionäre in die Schranken. Sein Bonus als Verfolgter des Naziregimes und als linker Denker schützte Bloch mehrere Jahre und eröffnete ihm gewisse philosophische Freiräume. „Politische Aktionen im Sinne der ‚Arbeiterpartei‘ verweigerte er nicht. [...] Bloch akzeptierte den Politiker Stalin und den sowjetischen Weg zum Sozialismus lange Zeit.“⁷⁵

Anläßlich seines 70.Geburtstages im Jahre 1955 wurde er mehrfach geehrt; so erhielt er den Nationalpreis und den Vaterländischen Verdienstorden der DDR. Mit diesen Auszeichnungen dekoriert, überschätzte er offenbar seine Möglichkeiten, gegen die SED-Hochschulpolitik aufzutreten. Ende November 1955 kritisierte Bloch in einer Sitzung des Rates der Philosophischen Fakultät die schematische und enge Ausbildung der Studenten, vor allem die „Art der Darbietung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums“. Dort würde „ein Katechismus verabreicht“. Nach Blochs Auffassung führte die Reglementierung des Universitätsbetriebes zur „weiteren Verblödung und Verrohung“ der Studenten⁷⁶. Wenig später wiederholte er, der nie in einer Vorlesung des Grundstudiums gesessen hatte, seine Kritik an diesem Studium und dessen Lehrkräften und zwar in seiner Hauptvorlesung im Großen Hörsaal der Anatomie vor 750 Hörern! Die Universitätsparteileitung machte ihm daraufhin deutlich, daß man seine Äußerungen für „sehr überspitzt“ halte und schlug eine Aussprache vor. Anderen Kritikern am marxistisch-leninistischen Grundstudium, das die SED-Führung „als Herzstück der sozialistischen Erziehung an den Universitäten und Hochschulen, als Instrument [...] im Kampf um die Entscheidung der Frage ‚Wer – Wen?‘ im Hochschulwesen“ betrachtete⁷⁷, erging es zur gleichen Zeit viel schlechter.

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU brach der Konflikt zwischen Bloch und Ulbricht aus. „Schockiert durch die Enthüllungen über Stalins Terror-Regime, sah

⁷¹ Vgl. dazu ausführlich: Feige, Willkommen und Abschied, S. 159–189.

⁷² Ebenda, S. 167.

⁷³ Gropp lehrte an der Abteilung Dialektischer und historischer Materialismus des von Bloch geleiteten Instituts. Vgl. auch ebenda, S. 172.

⁷⁴ Zitiert nach ebenda, S. 172 f.

⁷⁵ Ebenda, S. 175.

⁷⁶ Ebenda, S. 174.

⁷⁷ Vgl. KMU, Abriß, S. 67.

Bloch den XX. Parteitag der KPdSU als unmißverständliches Signal zur Erneuerung des Sozialismus.“⁷⁸ Nachdem die SED-Führung auf der 3. SED-Parteikonferenz klar gemacht hatte, daß sie jede Kursänderung ablehne, forderte Bloch Ulbrichts Rücktritt⁷⁹. In seinen Lehrveranstaltungen, die immer gut besucht waren, äußerte er sich jetzt offen zu politischen Tagesfragen. So prangerte er den Dogmatismus und Personenkult an und begrüßte den „polnischen Frühling im Oktober“⁸⁰. Er setzte sich für Georg Lukacs und seinen verhafteten Freund und Herausgeberkollegen der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“, Wolfgang Harich, ein. Die SED-Führung befürchtete einen „schädlichen Einfluß“ auf die Studenten der KMU.⁸¹ Als dann seine Schüler noch forderten, daß der Personenkult als gesellschaftliche Erscheinung verstanden und die durch ihn entfremdeten Strukturen innerhalb des Sozialismus untersucht werden müßten, sah die Parteiführung Handlungsbedarf. Hatte man zuvor zähneknirschend seine vernichtende Kritik am gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium hingenommen, war jetzt jegliche Rücksichtnahme auf den Nationalpreisträger und seine Verdienste vorbei. Von nun an galt er in Berlin und Leipzig als geistiges Haupt des Revisionismus.

Ulbricht beauftragte den 1. SED-Bezirkssekretär Fröhlich im November 1956, sofort eine Untersuchung gegen Bloch und sein Institut durchzuführen, und schrieb damals: „Es ist uns bekannt geworden, daß bei Prof. Bloch und wahrscheinlich auch bei einigen anderen Mitarbeitern der Universität die ideologische Ausstrahlung des Petöfi-Kreises und einiger polnischer Zeitschriften nicht ohne Wirkung geblieben sind. Wir schlagen vor, daß in der FDJ-Gruppe der Phil. Fak. eine offene Aussprache stattfindet, in der die Politik des Petöfi-Kreises [...] verurteilt wird. Es ist notwendig, durch diese Diskussion in Erfahrung zu bringen, wer von den Assistenten und Studenten die feindlichen ideologischen Positionen unterstützt [...] Die Sache ist deshalb dringend, da wir nicht beurteilen können, welche Einflüsse von Berlin oder von polnischen Vertretern auf Wissenschaftler in Leipzig ausgeübt worden sind.“ Ulbricht schlug außerdem Aussprachen mit namhaften Wissenschaftlern vor, wo über „unsere Stellungnahme und über die feindliche ideologische Konzeption informiert“ wird. (Handschriftliche Bemerkung Ulbrichts: „Auch Beratungen mit Prof. Markov wären von Nutzen.“)⁸²

Jetzt war die Zeit für Blochs Intimfeind Gropp gekommen, um mit ihm abzurechnen. Er tat dies über das Zentralorgan der SED. Im „Neuen Deutschland“ bezeichnete er Bloch öffentlich „als den geistigen Vater aller idealistischen Konzepte im Institut für Philosophie“ und erklärte ihn zum „Dogmatiker par excellence“⁸³. Gropp fand in Berlin mit diesem Beitrag großen Beifall. Am Institut für Philosophie wurde seine Polemik indes abgelehnt. Die Genossen an diesem Institut hielten derartigen Kritiken zunächst entgegen, daß Bloch bekanntlich für seine „tiefgründige Durchdringung von Natur und Gesellschaft“ den Vaterländischen Verdienstorden erhalten habe und auch als Nationalpreisträger eine von der Partei anerkannte Au-

⁷⁸ Ernst/Klinger, „Wenn es mich nicht überzeugt, kann ich keine Selbstkritik üben“, S. 133.

⁷⁹ Ebenda.

⁸⁰ SED-PO KMU, Parteiaktivtagung, 18. 3. 1957, in: STAL, SED IV/4/14/13, Bl. 49.

⁸¹ Ebenda, Bl. 22.

⁸² SED-BL Leipzig, Ulbricht an Fröhlich, 28. 11. 1956, in: STAL, SED IV/2/9/02/524, Bl. 404.

⁸³ Gropp, Idealistische Verirrungen unter „antidogmatischen“ Vorzeichen, in: ND, 19. 12. 1956.

torität sei. Die von höherer Stelle geforderte Auseinandersetzung mit Bloch war für die SED-Funktionäre vor Ort aber auch deshalb problematisch, weil sie mehrmals die Erfahrung gemacht hatten, daß frühere Aktionen gegen ihn aus Berlin zurückgepfiffen worden waren. Hinzu kam, daß die meisten SED-Mitglieder, einschließlich der Funktionäre, mit der anspruchsvollen Philosophie Blochs schlichtweg überfordert waren. Bevor Anfang 1957 die offene Auseinandersetzung mit Ernst Bloch in Leipzig begann, hatten sich die SED-Genossen seines Instituts intern mit seiner Philosophie beschäftigt, ohne daß Bloch davon etwas merken sollte. Vor allem fehlten ihnen die „Beweise“ für dessen angeblichen Revisionismus. „Wir wußten um diese Wirkung [auf die Studenten] längst, uns fehlte aber das konkrete Material über die negative Seite der Wirkung und ihre Tiefe, vor allem deshalb, weil diejenigen Genossen, die seine Schüler im engeren Sinne waren, um ihre Ideen sehr geheimnisvoll taten.“⁸⁴

Am 18. Januar 1957 eröffnete die SED-Parteileitung des Instituts für Philosophie mit einem „Offenen Brief“ an Ernst Bloch die Anti-Bloch-Kampagne⁸⁵. Offenbar war diese Art der Auseinandersetzung nicht unumstritten. Später begründete die SED-Parteileitung der KMU dieses Vorgehen damit, daß die „objektiven Auswirkung Blochschen Politisierens und Philosophierens teilweise schädlich [war], infolge dessen mußte die Öffentlichkeit davon erfahren, daß es eine Kraft, nämlich die Partei gibt, solchen Fehlern entgegenzutreten“⁸⁶. Die Parteileitung ging zwar davon aus, daß sie „kein Recht zu administrativen Maßnahmen“ habe, wohl aber „dem betreffenden Professor das Vertrauen entziehen“ könne. Letzteres könne „niemand in der Welt der Partei verbieten“⁸⁷. Der „Offene Brief“ endete dann auch mit der Feststellung, daß Bloch das Vertrauen der Parteileitung für die Fortführung seiner Tätigkeit als akademischer Lehrer nicht mehr besitze. Bereits zuvor hatte Ulbricht entschieden, Bloch durch ein Vorlesungs- und Publikationsverbot und seine Emeritierung aus dem Verkehr zu ziehen⁸⁸.

Der Brief ist ein aufschlußreiches Dokument, das den Zeitgeist und die Machtstrukturen in der DDR widerspiegelt: Politische Bevormundung und wissenschaftliche Entmündigung machten auch vor bedeutenden bzw. vor bisher privilegierten Hochschullehrern nicht halt, wenn sie die von der SED aufgestellten Spielregeln nicht mehr einhielten. Und die SED-Parteileitungen, nicht die akademischen Gremien, entschieden auch über die weitere berufliche Perspektive eines Ordinarius, der nicht der Partei angehörte. Weder der Rektor, der seit seinem Amtsantritt im Jahre 1950 Bloch sehr verbunden war, noch die Solidarisierungsversuche einiger jüngerer Ordinarien, die öffentlich über Streik bzw. Aufgabe ihrer Lehrstühle nachdachten⁸⁹, vermochten Bloch vor dem Berufsverbot zu retten. Er wurde als Direktor des Instituts abgesetzt, zum 31. August 1957 emeritiert und durfte das Institut nicht mehr betreten. Ein Haftbefehl gegen Bloch soll von Ulbricht sofort aufgehoben worden sein⁹⁰. Nach dem 13. August 1961 kehrte Ernst Bloch von einer Ur-

⁸⁴ SED-PO KMU, Parteiaktivtagung, 18. 3. 1957, in: STAL, SED IV/4/14/13, Bl. 50.

⁸⁵ Feige, Willkommen und Abschied, S. 177 ff.

⁸⁶ SED-PO KMU, Parteiaktivtagung, 18. 3. 1957, in: STAL, SED IV/4/14/13, Bl. 52.

⁸⁷ Ebenda, Bl. 49.

⁸⁸ Rühle, Das warme und das kalte Rot, S. 84.

⁸⁹ Feige, Willkommen und Abschied, S. 180.

⁹⁰ Rühle, Das warme und das kalte Rot, S. 84.

laubsreise aus Bayern nicht mehr nach Leipzig zurück. Die „Leipziger Volkszeitung“ titelte daraufhin: „Ernst Bloch, der zu Globke kroch“⁹¹.

10. Konflikte um die Reglementierung der Westreisen von Studenten

Seit Mitte der fünfziger Jahre versuchte die SED-Führung, die Studenten von Privatreisen nach Westdeutschland abzuhalten, zunächst über „freiwillige“ Selbstverpflichtungen, später über administrative Regelungen. Das verschärfte die Konflikte zwischen Teilen der Studentenschaft und „ihrem“ Staat. So beklagte sich die SED-Bezirksleitung Leipzigs im Januar 1956 auf einer Propagandistenkonferenz, daß es „ein ernstes Zeichen“ sei, wenn viele Studenten schon jetzt wieder den Gedanken hegen würden, in ihren nächsten Ferien nach Westdeutschland zu fahren“⁹². Um derartige Reisetätigkeiten zum „Klassenfeind“ zu unterbinden, sollten Verpflichtungserklärungen der FDJ-Studentengruppen verabschiedet werden, in denen Studenten freiwillig auf derartige Reisen verzichteten, weil sie nicht „mit der Würde eines Studenten“ zu vereinbaren seien. Das führte zu heftigen Diskussionen, so daß der Rektor im Juni 1956 das Staatssekretariat für Hochschulfragen darüber informierte, daß an der Universität Leipzig „Reisen nach Westdeutschland“ im Mittelpunkt der Diskussion stünden⁹³. Besonders an der Medizinischen Fakultät hätten Studenten erklärt, daß ihnen niemand verbieten könne, dorthin zu fahren. An der Philosophischen Fakultät äußerten Studenten und Wissenschaftler, daß eine derartig restriktive Politik als „Zeichen der Schwäche“ aufzufassen sei. Studenten der Germanistik beabsichtigten, nach dem Beispiel der TH Dresden, eine Resolution zu verabschieden, die das ungehinderte Reisen nach Westdeutschland forderte⁹⁴. Trotz dieser Proteste verabschiedete offenbar 1956 noch eine Anzahl von Seminargruppen derartige Pamphlete mit sogenannten Selbstverpflichtungen.

Im Jahre 1957 stießen Forderungen, auf Westreisen zu verzichten, jedoch auf größeren Widerstand. Studenten verstanden nicht, daß sie gerade jetzt, da das ZK der SED auf seiner 30. Tagung eine Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten vorgeschlagen hatte, nicht mehr nach Westdeutschland fahren sollten. Man verzichtete indes darauf, offizielle Verbote auszusprechen und versuchte es erneut mit Selbstverpflichtungen. So nahm eine FDJ-Vollversammlung der Historiker einen Beschluß an, wonach „kein Freund von ihnen nach Westdeutschland fährt, sondern sich am GST-Lager oder Arbeitseinsatz beteiligt“⁹⁵. Doch offenbar folgten nur wenige FDJ-Grundorganisationen diesem Beispiel. Deshalb sollten Konsequenzen gezogen werden, wenn Studenten in ihren Semesterferien in den „westdeutschen Räuberstaat“ (Fröhlich) fuhren. Ulbricht unterbreitete im April 1957 den Parteifunk-

⁹¹ LVZ, 24. 9. 1961.

⁹² SED-BL Leipzig, Propagandistenkonferenz, 13. 1. 1956, in: STAL, SED IV/2/9/02/514, Bl. 5.

⁹³ KMU Leipzig, Rektorat, Informationsbericht, 8. 6. 1956, in: UAL, R 123, Bl. 18.

⁹⁴ Kowalczyk, Von der Völkserhebung zum Mauerbau, S. 25.

⁹⁵ SED-PO KMU, Informationsbericht der UPL, 23. 4. 1957, in: STAL, SED IV/4/14/13, Bl. 90.

tionären der SED-Bezirksleitung entsprechende Vorschläge: „Unsere Meinung ist, daß wir besonders anhand des Charakters des westdeutschen Staates zeigen, daß der Student, der den Vorzug hat, an einer Universität des Arbeiter-und Bauern-Staates zu studieren, der also diese Auszeichnung genießt, daß er nicht die Ferien dazu benutzen kann, um in ein Land zu fahren, wo die Besten und Fortschrittlichsten des deutschen Volkes eingesperrt und verfolgt werden, weil sie für die Demokratie und für die friedliche Entwicklung unseres Volkes sind. [...] Wir werden nicht Sperrmaßnahmen oder polizeiliche Verbotsmaßnahmen in Bezug auf Reisen usw. durchführen. Das hat keinen Zweck. Aber selbstverständlich muß man an der Universität eine Ordnung haben, d.h. ohne Genehmigung des Prorektors kann niemand nach Westdeutschland fahren. [...] Wenn also die Semester-Ferien zu Ende sind, guckt man sich genau die Liste derjenigen an, die nicht arbeiten konnten. Und dann ist die Sache also ganz einfach. Da muß man einige Listen korrigieren. Das bedarf keiner großen Beschlüsse. [...] Wenn sie nicht arbeiten können, haben wir auch kein Geld für Stipendien. [...] Also, man muß sich die Sache überlegen, und da kann man alles während der Ferien in Ordnung bringen, ohne großen Lärm, sondern so sachlich, wie es eben möglich ist. Da wird man sehen, was los ist, wie es weitergeht. Jedenfalls muß man an den Universitäten selbst eine gewisse Initiative durchführen.“⁹⁶ Leipziger Funktionären, die im Zusammenhang mit einem derartigen Vorgehen befürchteten, „besonders radikal“ zu erscheinen, antwortete Ulbricht: „Wißt ihr, was die Leute reden, ist uninteressant. Daß sich aber bei Euch kein konterrevolutionäres Zentrum entwickelt, dafür werdet ihr dann garantieren können.“⁹⁷

Die Universitätsparteileitung verlangte jedoch vom Staatssekretariat administrative Entscheidungen gemäß dem Motto: „Wer an der Universität studiert, kann unter diesen Bedingungen eben nicht rüber fahren.“ Im Mai 1957 informierte die Universitätsparteileitung die Parteiaktivisten darüber, daß das Staatssekretariat eine „Anweisung vor[bereite], wonach Studenten, Assistenten, Aspiranten eine Beurlaubung durch den Prorektor nachweisen müssen, wenn sie ihre Ferien bzw. Teile ihrer Ferien außerhalb unserer Republik verbringen wollen. Damit ist uns die Möglichkeit gegeben, eine Kontrolle auszuüben. Wir müssen aber klar darauf hinweisen, daß wir Westreisen nicht verbieten, sondern daß unsere gesamte Politik auf eine Erleichterung der Beziehungen in Deutschland ausgerichtet ist.“⁹⁸ Begründet werden sollten diese administrativen Regelungen als Maßnahmen „zum Schutze der akademischen Bürger“, auf die Anschläge geplant würden.

Am Ende des Studienjahres 1956/57 griff der 1. SED-Bezirkssekretär Fröhlich erneut in die Debatte über Westreisen ein. „Ich bekomme eine Vielzahl von Briefen und z.T. auch Telefonanrufen, und wenn man irgendwohin kommt, beschwerten sich Genossen, wie unfrei das wäre, wie unverschämt das wäre.“ Auf das Argument „Ich muß rüberfahren und dort meinen Urlaub verbringen“, antwortete Fröhlich: „D.h. sie sind so erbärmlich in ihrer Denkungsart, eigentlich noch so tief und niedrig und wollen doch so klug erscheinen und wollen ein Privileg der Freiheit in Anspruch nehmen, was eigentlich kein Privileg der Freiheit ist, sondern ein Privileg der

⁹⁶ SED-BL Leipzig, 7. Sitzung der Bezirksleitung, 11. 4. 1957, in: STAL, SED IV/2/1/56, Bl. 191.

⁹⁷ Ebenda.

⁹⁸ SED-PO KMU, Parteiaktivtagung, 17. 5. 1957, in: STAL, SED IV/4/14/13, Bl. 123.

Niederträchtigkeit und des Nichtbegreifenwollens der großen Auseinandersetzungen, die wir gegen diesen Räuberstaat führen. [...] Wir sagen nicht: Du darfst nicht fahren, Genossen, sondern wir sagen: Wir geben dir einen Parteauftrag. Nimm einen Rucksack Flugblätter mit, verteile sie und wenn du zurückkommst, wirst du uns erklären, wie du politisch und ideologisch für die DDR gearbeitet hast. [...] Seht, das war bei den Studenten auch so. Als wir sagten: Ihr dürft nicht fahren, da kam ihr Protest heraus. Als wir aber sagten: Ihr dürft, aber die Zeit müssen wir festlegen und nicht Adenauer, und wenn wir rüberfahren, dann zeigen wir aber der Bevölkerung auf, was der Adenauer-Staat ist, dann hat diese Argumentation vielen gezeigt, wie die Situation ist. Sie sind lieber hier geblieben und haben hier Argumentation gemacht.“⁹⁹

Zu Beginn des neuen Studienjahres 1957/58 wurden die Westreisen erneut zum Diskussionspunkt. Karl Schirdewan, der als Gast an einer Parteimitgliederversammlung der KMU teilnahm, begründete die Maßnahmen hinsichtlich Westreisen damit, daß die studentische Jugend „nicht gefährdet werden [dürfte] durch die Einflüsse des Amerikanismus und durch die Auswüchse der bürgerlichen Moral“¹⁰⁰. Im Oktober 1957 beschäftigte sich die SED-Bezirksleitung Leipzig erneut mit dieser Problematik. Sie informierte die Parteiaktivisten darüber, daß es eine „Auseinandersetzung über Fragen der Westreisen [...] besonders in Parteiorganisationen der Oberschulen und Universitäten“ gäbe. Empört war die Bezirksparteileitung darüber, daß auch Parteimitglieder Westreisen unternähmen und „sogar Schmiergelder einstecken“. Auch in den Betrieben muß es ähnliche Auseinandersetzungen gegeben haben, doch offenbar waren hier die Belegschaften gewitzter. So berichtete die Bezirksleitung beispielsweise, daß im ECW Eilenburg hervorragende ökonomische Verpflichtungen zu Ehren des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution erfüllt worden seien, andererseits aber die Zahl der Kollegen und Genossen, die nach Westdeutschland reisten, nicht zurückgegangen sei¹⁰¹.

In den nächsten Jahren – bis 1960/61 – schief die Kampagne zur Verhinderung der Westreisen offenbar ein, weil sie kaum erfolgreich war. Zu vermuten ist, daß die Zunahme der „Republikflucht“ 1956/57 – auch als eine Folge jener Aktion Westreisen – unter den Studenten, Wissenschaftlern und Angestellten der KMU die Aktion überholt hatte. So gaben Republikflüchtige oft als Grund ihrer Flucht Nichtgewährung von Westreisen an¹⁰².

Als im Sommer 1961 – im Zusammenhang mit der dramatischen Entwicklung der Flüchtlingszahlen – auch an der KMU im „Kampf gegen den Menschenhandel“ entsprechende Komitees gebildet wurden, erhielt das Thema „Westreisen“ erneut Aktualität¹⁰³. Selbst von SED-Professoren wurde die neue Kampagne, über solche Komitees Republikflucht und Westreisen zu verhindern, abgelehnt. So fragten Medizin-Professoren danach, worin die Rechtsgrundlage für die Bildung derartiger Komitees bestünde. „Es soll ja Vollmachten erhalten und Westreisen ablehnen sowie

⁹⁹ SED-BL Leipzig, Parteiaktivtagung, 16. 7. 1957, in: STAL, SED IV/2/2/108, Bl. 99.

¹⁰⁰ SED-PO KMU, Mitgliederversammlung der PO, 23. 9. 1957, in: STAL SED IV/4/14/9, Bl. 41.

¹⁰¹ SED-BL Leipzig, Parteiaktivtagung, 29. 10. 1957, in: STAL, SED IV/2/2/110, Bl. 8.

¹⁰² SED-PO KMU, Informationsbericht der UPL, 17. 12. 1958, in: STAL, SED IV/4/14/42, Bl. 264)

¹⁰³ SED-PO KMU, Parteiaktivtagung, 14. 8. 1961, in: STAL, SED IV/4/14/17.

Einfluß auf Reisen nach Berlin nehmen können. In einem Rechtsstaat müßte das ordentlich geregelt sein.“ Viele verweigerten aus solchen Gründen die Mitarbeit¹⁰⁴. Die SED-Universitätsparteilitung gab vor ihren Aktivisten unumwunden zu: „Die Komitees, das wollen wir einmal nüchtern aussprechen, die Komitees zum Schutze der Bürger der DDR und zum Kampf gegen den Menschenhandel, sind keine Komitees zur Genehmigung, sondern zur Verhinderung von Westreisen.“¹⁰⁵ Fröhlich wurde noch deutlicher, indem er wenige Tage nach dem 13. August triumphierte: „Und ich denke, mit den Westreisen, es war höchste Zeit, daß wir Schluß gemacht haben mit diesen KdF-Reisen.“¹⁰⁶

Doch selbst nach dem 13. August 1961 gingen viele Universitätsangehörige noch immer davon aus, daß die Grenzsicherungsmaßnahmen nur eine vorübergehende Maßnahme seien. Außerdem glaubten sie daran, weiterhin nach Westdeutschland fahren zu können. Die SED-Parteilitung der KMU informierte am 18. August 1961 die Bezirksparteilitung darüber, daß es unter vielen Parteilosen keine oder wenig Einsicht in die Notwendigkeit gäbe, Westreisen in der gegenwärtigen Situation einzustellen. Unverständnis herrsche auch bei vielen „positiven Kräften“. Doch allmählich würde sich die Einsicht durchsetzen, „daß die Sache des Friedens und die Verhinderung eines Bürgerkrieges es gebietet, Westreisen zu unterlassen. Das drückt sich in einer ständig steigenden Zahl von zurückgenommenen Reiseanträgen aus.“¹⁰⁷ Auch das Verbot, in die Hauptstadt der DDR zu reisen, und die inzwischen erlassene Telefonsperre mit Westdeutschland führten zu breiten Diskussionen an der Universität, insbesondere an den Kliniken. „Jetzt sei man restlos isoliert“, gab die Universitätsparteilitung die Diskussion wieder¹⁰⁸.

11. Disziplinarstrafen von Studenten mit politischem Hintergrund

Bei allen Disziplinarverfahren, die an der Universität Leipzig in den Jahren 1953 bis Ende 1961 durchgeführt wurden und denen sogenannte „politische Vergehen“ zugrunde lagen, zeigte sich: Die Mehrzahl derartiger Verfahren in den Jahren 1953 und 1956 wurde von FDJ-Leitungen (der Fakultäten bzw. der Grundorganisationen und FDJ-Gruppen) mit Unterstützung, vielleicht auch auf Initiative der zuständigen Parteileitungen, beantragt, weil Studenten dem jeweiligen „Kampfauftrag“ im Wege waren. Nur ein kleiner Teil derartiger FDJ-Anträge führte zu Disziplinarstrafen. Besonders deutlich wurde das im Zusammenhang mit der Kampagne gegen die Junge Gemeinde, vor allem auch deshalb, weil sie bereits nach wenigen Wochen – im Zusammenhang mit dem Neuen Kurs – abgebrochen werden mußte. Hinzu kam, daß in universitären Leitungsgremien – wie im Akademischen Senat und in den zahlreichen Fakultätsräten – ein derartig unbegründetes und ungesetzliches Vorgehen gegen christliche Studenten auf breite Ablehnung stieß. So hatten FDJ-

¹⁰⁴ SED-PO KMU, Informationsbericht über eine Aussprache der Fakultätsparteilitung mit den Gen. Prof. der Med.Fak., 8. 8. 1961, in: STAL, SED IV/7/130/9.

¹⁰⁵ SED-PO KMU, Parteiaktivtagung, 14. 8. 1961, in: STAL, SED IV/4/14/17, Bl. 71.

¹⁰⁶ SED-BL Leipzig, Paul Fröhlich: Referat vor den ABV, 17. 8. 1961, in: STAL, SED IV/2/2/124.

¹⁰⁷ SED-PO KMU, Informationsbericht, 18. 8. 1961, in: STAL, SED IV/4/14/44, Bl. 190.

¹⁰⁸ Ebenda, Bl. 191.

Leitungen bis Ende April 1953 – im Rahmen des Umtausches der FDJ-Dokumente – bereits mehr als 100 Ausschlüsse, zumeist mit Antrag auf Exmatrikulation gekoppelt, gestellt. In 34 Fällen hatten Jugendfunktionäre Exmatrikulation beim Prorektor beantragt. Der Rektor wurde von der Parteileitung unter Druck gesetzt, „beschleunigt“ Studenten zu exmatrikulieren, denen zuvor in der „Leipziger Volkszeitung“ vorgeworfen worden war, für die Junge Gemeinde, die „Tarnorganisation des amerikanischen Geheimdienstes“, tätig gewesen zu sein. Der Akademische Senat der KMU verweigerte am 11. Mai eine Entschließung gegen die Junge Gemeinde, die von der SED-Parteileitung vorbereitet worden war. Bis zum 9. Juni fanden lediglich Verfahren gegen neun Studenten statt, vier gingen mit dem Urteil „Exmatrikulation“ aus. Diese eindeutigen Fehlurteile wurden im Rahmen der Politik des Neuen Kurses zurückgenommen.

Oftmals reichten die Begründungen für derartige Anträge nicht aus. In zahlreichen FDJ-Anträgen wurden den Studenten lediglich „feindliche Äußerungen“ oder „ideologische Unklarheiten“ vorgeworfen. So lagen beispielsweise 1957 sechs Anträge auf Durchführung eines Disziplinarverfahrens gegen Studenten der Kunstgeschichte vor, denen man nicht entnehmen konnte, was den Studenten eigentlich vorgeworfen wurde¹⁰⁹. In der Regel wurden Gegendarstellungen seitens der betroffenen Studenten in den Disziplinarverfahren bei der Urteilsfindung nicht berücksichtigt. Es kam auch vor, daß auf Antrag eines Mitgliedes des Disziplinarausschusses das Protokoll der Verhandlung nachträglich vom Justiziar der Universität geändert, d. h. neu geschrieben werden mußte, weil das ursprüngliche Protokoll „die Stellen, die die Handlungsweise des Studenten rechtfertigen, zu stark betont“ hatte¹¹⁰.

Der Rektor und Vorsitzende der Disziplinarkommission der Universität, Professor Georg Mayer, verhinderte offensichtlich mit seinem großen Einfluß, daß noch mehr Studenten aus politischen Gründen exmatrikuliert wurden. Für 1953 gibt es dafür eindeutige Belege. So wies er in einzelnen Fällen bis 1956 Anträge auf Bestrafung zurück, weil die Begründungen völlig unzureichend seien. Mayer kritisierte beispielsweise die FDJ-Hochschulgruppenleitung, weil sie für einen fachlich sehr guten Medizinstudenten die Exmatrikulation mit der Begründung gefordert hatte, daß ihm völlig neu gewesen wäre, daß an der Universität Klassenkampf geführt würde¹¹¹. Georg Mayer gehörte zu jenen Wissenschaftlern, die sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten schützend vor einzelne Studenten stellten. So kritisierte ihn die SED-Parteileitung – der Rektor war Mitglied dieser Leitung, nahm jedoch kaum an ihren Sitzungen teil – 1957 mit den Worten: „Beim Rektor sollen noch immer unerledigte Disziplinarverfahren liegen. Eine solche Atmosphäre in der Hochschulleitung ist doch hinderlich, und es ist doch ein offenes Geheimnis, daß es Kräfte gibt, die mit Duldung des Rektors bestimmte Dinge decken und gegen die Linie der Partei arbeiten.“¹¹²

Die Universitätsparteileitung mischte sich oftmals auf Veranlassung der SED-Betriebsleitung massiv in die Arbeit des Disziplinarausschusses ein, obwohl sie in die-

¹⁰⁹ SED-PO KMU, Sitzung der UPL, 14. 6. 1958, in: STAL, SED IV/4/14/33, unpag.

¹¹⁰ Disziplinarverfahren gegen den Studenten G.S., 21. 12. 1956, in: UAL, J 21, Bd. 09, Bl. 191.

¹¹¹ KMU Leipzig, Sitzung des Akademischen Senats, 3. 7. 1953, in: UAL, Senatssitzungen, Film Nr. 439.

¹¹² SED-PO KMU, Sitzung der UPL, 16. 5. 1957, in: STAL, SED IV/4/14/32, Bl. 163.

sem nicht unmittelbar vertreten war. So hatte sie betroffene Studenten bereits vor dem ordentlichen Verfahren öffentlich – z.B. über diverse Flugblätter oder in der „Leipziger Volkszeitung“ – als „Provokateure“ und „Agenten“ bezeichnet, wie 1953 und 1956 geschehen. Sie übte zudem Druck auf den Rektor und Ausschußmitglieder aus, indem sie ausgesprochene Strafen korrigiert sehen wollte. Es mutet fast grotesk an, daß unter ihrer Regie im Jahre 1958 die Arbeit des Disziplinausschusses und im Prorektorat für Studentenangelegenheiten vorliegende Disziplinarverfahren überprüft wurden. Die Überprüfungsergebnisse standen in einer SED-Leitungssitzung zur Diskussion¹¹³. Dabei wurde lediglich „eine Reihe von Überspitzungen“ beim beantragten Strafmaß festgestellt. Der SED-Parteisekretär resümierte: „Im Oktober 1956 kam es darauf an, einige Menschen von der Universität zu entfernen und noch in der folgenden Zeit. Die Lage hat sich geändert, heute muß die Erziehungsarbeit im Vordergrund stehen. Vor allem darf bei der Korrektur der Disziplinarverfahren nicht herauskommen, daß der Disziplinausschuß falsch gearbeitet hat.“ Als Schlußfolgerung wurde eine Überprüfung im Prorektorat für Studienangelegenheiten angeordnet, weil dort „die Disziplinarverfahren sehr oberflächlich behandelt wurden. [...] Es passiert dann auch, daß Arbeiter- und Bauern-Kinder herausgeworfen wurden, und das unter der sozialistischen Universität.“

Wenn man die zahlenmäßige Entwicklung der Disziplinarverfahren, insbesondere der politisch motivierten, vergleichend analysiert, dann lassen sich Phasen des „verschärften Klassenkampfes“ an der Leipziger Universität und Phasen relativer ideologischer Entspannung ausmachen. Besonders deutlich wird dieses Hin und Her zwischen Verschärfung und zeitweiser Entschärfung der politischen Situation nach 1953 und nach 1956/57. So zeigte sich, daß Disziplinarverfahren in Folge der drei Krisen aus der sonst üblichen Praxis herausfallen. 1953 verhandelte der Disziplinausschuß der Universität gegen insgesamt 35 Studenten, darunter gegen 24 wegen politischer „Vergehen“. In diesem Jahr wurde insgesamt 17 Studenten (von 35) laut Beschluß die Studierlaubnis entzogen, davon 13 aus politischen Gründen. Die Mehrzahl der politisch motivierten Verfahren fand in den ersten Monaten des Jahres 1953 statt, und zwar im Rahmen der Kampagne gegen die Junge Gemeinde bzw. Evangelische Studentengemeinde. Bis zum 4. Juli verhandelte der Disziplinausschuß gegen 20 Studenten, darunter waren 17 politisch motivierte Verfahren. Von diesen 17 Verfahren wurden zehn wegen Mitarbeit in der Jungen Gemeinde bzw. Studentengemeinde und wegen ausbleibender Distanzierung zu ihnen, wegen Ablehnung der Mitarbeit in der GST und wegen gesellschaftlicher Inaktivität und Verleumdung der SED durchgeführt. Im Herbstsemester 1953 (bis Jahresende) kam es dann zu einer weiteren Exmatrikulation aus politischen Gründen. Die Begründung lautete: „destruktives Verhalten“ sowie „abfällige Äußerungen über das Arbeiter- und Bauernstudium“.

Für 1956 sind insgesamt 22 Disziplinarverfahren überliefert, die Hälfte davon waren politischer Natur. Die Mehrzahl der politischen Verfahren wurde im Herbstsemester durchgeführt. Von den 11 Studenten, die wegen politischer Gründe diszipliniert wurden, exmatrikulierte der Ausschuß zwei Studenten, weitere drei Studenten wurden relegiert. Erstaunlich ist, daß nur zwei jener Medizinstudenten, die im November die angeblich „staatsfeindliche Resolution“ verfaßt und verbreitet hat-

¹¹³ SED-PO KMU, Sitzung der UPL, 14. 6. 1958, in: STAL, SED IV/4/14/33, unpag.

ten, relegiert bzw. exmatrikuliert wurden. Laut Protokoll der Disziplinarverhandlungen hatten sie das ihrem Dekan und einem anwesenden Professor der Medizinischen Fakultät zu verdanken, die bestritten, daß vorgelegte Resolution staatsfeindlich sei, und darauf hinwiesen, daß das Staatssekretariat etwa gleichlautende Forderungen gestellt habe¹¹⁴. 1956 wurden weitere fünf Studenten exmatrikuliert, hauptsächlich wegen mangelnder Studiendisziplin; ein Jahr später wurde die Disziplinierung jener Studenten fortgesetzt, die sich 1956 „staatsfeindlich“ benommen hatten. Insgesamt verhandelte der Disziplinarausschuß der Universität Leipzig gegen 48 Studenten, davon in 25 Fällen wegen politischer Gründe, wobei die Mehrzahl Studenten der Veterinär-Medizinischen Fakultät bzw. der Medizinischen Fakultät waren. Von diesen 25 betroffenen Studenten wurden drei relegiert und zwölf exmatrikuliert. (Dazu kamen weitere 14 Exmatrikulationen, hauptsächlich wegen mangelnder Studiendisziplin.) Ein Physikstudent wurde relegiert, weil er einen Brief an die „Leipziger Volkszeitung“ geschrieben hatte und darin „üble Hetze gegen Partei und Regierung zur Zeit der Ungarnereignisse betrieben“ und behauptet hatte, „das Stalin-Regime stelle eine Kette von Verbrechen dar“. Dieser Student, Mitglied der SED, gab in der Verhandlung an, daß er sich nur für einen menschlichen Sozialismus erwärmen könne. Ein anderer Student, ein ehemaliges SED-Mitglied, mußte für ein Jahr in die Produktion, weil er die Meinung geäußert hatte, daß die Politik der SED die Einheit Deutschlands verhindert und einige Mitglieder des ZK entfernt werden müßten.

Nach dem 13. August 1961 erreichte die Disziplinierung von Studenten der Leipziger Universität aus politischen Gründen ihren Höhepunkt. Allein von Ende September bis Ende November 1961 wurden insgesamt 149 Disziplinarverfahren beantragt und durchgeführt¹¹⁵. 74,4 Prozent der Verfahren führten zu einem dauernden bzw. einem einjährigen oder mehrjährigen Ausschluß vom Studium. In diesen Verfahren wurden sechs Studenten relegiert, 105 exmatrikuliert, 29 erhielten einen „strengen Verweis mit Androhung des Ausschlusses“, vier einen schriftlichen Verweis, zwei einen Verweis, einem Studenten wurde die Studierenerlaubnis entzogen. Es waren Studenten aller Fakultäten (außer der Theologischen) und aller Studienjahre betroffen. Die Mehrzahl der disziplinierten Studenten kam allerdings aus der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen (je 22), der Veterinär-Medizinischen (14), der Medizinischen und der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (je 8). Bei den sechs relegierten Studenten handelte es sich um drei Studenten des Studentenkabarets „Rat der Spötter“ und um einen Studenten des Kabarets der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, die „wegen konterrevolutionärer Machenschaften“ ausgeschlossen wurden. Ihre Verfahren wurden in Abwesenheit durchgeführt, sie saßen bereits in U-Haft. Ein Student der Veterinär-Medizinischen Fakultät hatte die NVA „als Sauhaufen“ bezeichnet und erklärt, daß junge Menschen in die Armee geprügelt würden¹¹⁶. Ein Jura-Student wurde wegen „bewußter Provokation“ relegiert, auch er saß in U-Haft.

¹¹⁴ Disziplinarverfahren gegen W. M., 20. 12. 1956, in: UAL, J 21, Bd. 09.

¹¹⁵ Analyse der an der Universität seit Beginn des HS 1961 durchgeführten Disziplinarverfahren, 30. 11. 1961, in: UAL R. 10, Bl.176–179.

¹¹⁶ Disziplinarverfahren, in: UAL, J 21, Bd. 09.

Zeitweilig vom Studium ausgeschlossen wurden 105 Studenten, darunter 50 wegen „Eid- und Wortbruchs“, vier wegen „Hetze gegen die NVA“, 18 wegen „Hetze gegen die Arbeiter- und Bauern-Macht, Partei und führende Partei- und Staatsfunktionäre“, 20 wegen „ideologischer Diversion“, vier wegen „Studienbummelei, Disziplinlosigkeit und moralische Verfehlung“ und neun wegen „Nichtverstehen der Politik unseres Staates (politische Unreife)“. Mit der Begründung „Eid- und Wortbruch“ wurden jene Studenten diszipliniert, die sich nach dem 13. August geweigert hatten, eine Verpflichtungserklärung zu unterschreiben, ihren Dienst in der NVA abzuleisten. Studenten, die wegen „staatsfeindlicher Hetze“ bzw. wegen „politischer Unreife“ exmatrikuliert wurden, kamen mehrheitlich aus dem dritten bis fünften Studienjahr. Das veranlaßte die Universitätsleitung zu der Feststellung, „daß die politische Erziehungsarbeit an der Universität nicht in der Lage war, diese Studenten zu überzeugten Kämpfern für die Arbeiter- und Bauernmacht, zu einem klaren Klassenstandpunkt und zu einer unbedingten politischen Einsatzbereitschaft zu führen“¹¹⁷. Weiter heißt es dazu: „Besonders bedauerlich ist, daß Studenten gegen den Vorsitzenden des Staatsrates und verdiente Parteifunktionäre auftraten, die Darstellung der politischen Situation durch Partei und Regierung als zweckbestimmt und unwahr erklärten und vom Unglauben an die Perspektive der Entwicklung unseres Staates erfüllt waren. Eine weitere allgemeine Erscheinung war die, daß bei vielen Studenten der Begriff von Freiheit und Notwendigkeit nicht klar war, die Übereinstimmung persönlicher und gesellschaftlicher Interessen im Sozialismus nicht glaubhaft erschien und bei einigen Studenten keine Klarheit darüber bestand, daß zwischen christlicher Gesinnung und Verteidigungsbereitschaft des sozialistischen Staates kein Widerspruch besteht.“¹¹⁸

Wie in den Jahren zuvor, so war auch jetzt der Klassenfeind aus dem Westen verantwortlich für die „Provokationen“ der Leipziger Studenten. So stellte die SED-Parteileitung der Universität in ihrer Sitzung am 11. Dezember fest: „Bei den Studenten ist der Klassenstandpunkt immer noch ungenügend entwickelt, daraus ergibt sich die Anfälligkeit gegenüber der westlichen Propaganda. Die Studenten der gesellschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen sind noch zu weit in ihrer Entwicklung zurück, was sich in einer Vielzahl von Unklarheiten äußert. Es fehlt bisher noch an der Universität eine bewußte Erziehung der Studenten zu Kämpfern für den Sieg des Sozialismus, die Studenten werden zu wenig angehalten, Schwierigkeiten zu überwinden. Ungenügend ist die derzeitige Verbindung des Studiums mit dem gesellschaftlichen Ziel und der gesellschaftlichen Praxis.“¹¹⁹

12. Konfliktpotentiale in der DDR in den fünfziger Jahren: Zehn abschließende Thesen

1. Die fünfziger Jahre – in der Geschichtswissenschaft der DDR als jenes Jahrzehnt dargestellt, in dem die „Grundlagen des Sozialismus in Staat und Gesellschaft“ ge-

¹¹⁷ Analyse der an der Universität seit Beginn des HS 1961 durchgeführten Disziplinarverfahren, 30. 11. 1961, in: UAL R. 10, Bl. 177.

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ SED-PO KMU, Sitzung der UPL, in: STAL, SED IV/4/14/37, unpag.

schaffen wurden – sind vor allem dadurch charakterisiert, daß sich mit dem Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED die Kluft zwischen dem radikalen Umgestaltungsanspruch der SED und ihrer schwindenden gesellschaftlichen Akzeptanz in der Bevölkerung vertiefte.

2. Die Transformation der ostdeutschen Gesellschaft nach sowjetischem Muster, einschließlich der Theorie und Praxis der verschärften Klassenkampfes, schuf systemeigene Konfliktpotentiale und förderte das allmähliche Aufbrechen von Konflikten zwischen SED-Parteiführung und Volksmassen. Das äußerte sich zunächst in zunehmender Unzufriedenheit mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen, in Massenflucht und immer wieder aufkommenden, meist lokal begrenzten Protestaktionen.

3. Diese angestauten Konflikte wurden jedoch von der SED-Herrschaft durchweg auf die „Einwirkung des Klassenfeindes“ zurückgeführt. Da es keine öffentlich geregelten Verfahren zur Konfliktbewältigung gab, führten die Konflikte zu drei Existenzkrisen des realsozialistischen Systems in der DDR. Innen- und außenpolitische Faktoren wirkten dabei konfliktverschärfend.

4. In diesen Krisen wurden die ihnen zugrunde liegenden Konflikte nicht wirklich gelöst, sondern nur vorübergehend entschärft bzw. unterdrückt. Nach der Schließung der Grenze im August 1961 veränderten sich die Bedingungen für die Auseinandersetzungen zwischen Volk und Parteiführung jedoch grundlegend, da die Möglichkeit, sich durch „Republikflucht“ – der weitestgehenden Form der Verweigerung bzw. Nichtakzeptanz des von der SED geschaffenen, realsozialistischen Systems – zu entziehen, nicht mehr gegeben war. Resignation, Anpassung und Selbstunterwerfung unter das System nahmen zwangsläufig zu. Das war letztlich auch ein Ergebnis der Langzeitwirkungen der Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 und der Unterdrückung aller Versuche einer Reform des Systems nach dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956.

5. Die gewaltsame Unterdrückung des politischen Willens einer Mehrheit der Bevölkerung, die nach Demokratie und Wiedervereinigung strebte, ließ in den fünfziger Jahren eine Generation von DDR-Bürgern heranwachsen, die nach und nach jegliche Hoffnung und Illusion auf einen erfolgreichen Kampf gegen die SED-Diktatur verlor, sich entweder mit den Gegebenheiten abfand und im Sozialismus einrichtete oder die Erfüllung ihrer Lebensträume im anderen deutschen Staat sah und die DDR verließ, solange das möglich war. Nur ein sehr kleiner Teil der durch den 17. Juni 1953 und durch die vertane Chance der Reform nach dem XX. Parteitag der KPdSU Enttäuschten und Ernüchterten entschied sich für einen Weg der Opposition und des Widerstandes.

6. Unter diesem Gesichtspunkt sind die fünfziger Jahre das Jahrzehnt im DDR-Sozialismus, das im Grunde genommen aus Krisen, halbherzigen Versuchen ihrer Bewältigung und erneuten Krisen bestand, und damit wie kein anderes Dezennium in der DDR-Geschichte durch Diskontinuität und ein Auf und Ab in der sozio-ökonomischen Entwicklung gekennzeichnet ist¹²⁰.

7. Diesem ständigen Zick-Zack-Kurs lag der Versuch zugrunde, gewissermaßen systemeigene Konflikte zu entschärfen und drohende Auseinandersetzungen zu

¹²⁰ Welsh, Kaderpolitik auf dem Prüfstand, S. 111, spricht von einer „nahezu permanenten krisenhaften Lage“ der fünfziger Jahre.

umgehen, ohne grundlegende Veränderungen im gesellschaftlichen System vorzunehmen. Dieses Auf und Ab, verbunden mit untauglichen Versuchen der Parteikader, die ständig wechselnden taktischen Orientierungen zu erklären, ließ das Vertrauen der Mehrheit, wenn es das jemals gegeben haben sollte, in die angeblich wissenschaftliche Führung der SED drastisch schwinden.

8. Die SED-Führung praktizierte und perfektionierte in den fünfziger Jahren eine Politik, die sich zwischen Zugeständnissen und dogmatischer Härte bewegte, zunächst mit Erfolg. Die sozialen Konzessionen, die sie nach dem 17. Juni 1953 und nach 1956/57 machte und für die nächsten Jahre versprach, konnte sie sich ökonomisch zwar nicht leisten; politisch war sie aber dazu gezwungen, damit der Unwille aller über die schlechte Versorgung sich nicht mit Forderungen einzelner nach Freiheit und Demokratie erneut verband und damit die potentielle Gefahr eines weiteren Aufstandes – wie 1953 traumatisch erlebt – heraufbeschwor.

9. Spätestens seit der krisenhaften Entwicklung 1952/53, dem Juni-Aufstand 1953 und seiner militärischen Niederschlagung wurden Forderungen nach Rücktritt bzw. Absetzung Ulbrichts laut. Das war auch 1956/57 der Fall und wiederholte sich 1961. Der Rücktritt des ungeliebten und verhaßten ersten Mannes im Staate DDR erfolgte jedoch nicht, vielmehr konnte dieser in den fünfziger Jahren in Konfliktsituationen immer wieder seine Macht behaupten und sogar ausbauen, indem er Kritiker aus den eigenen Reihen ausschaltete und durch selektive Anwendung repressiver Mittel gegen angebliche Provokateure Angst in der Bevölkerung verbreitete. Zugleich verdoppelte das MfS in diesem Zeitraum seine Kontrolle und seine Repressionen. „Dies ist über alle Krisen hinweg die ‚ultima ratio‘ des SED-Staates [gewesen]: auf Schwierigkeiten wird mit dem Ausbau des Unterdrückungsapparates reagiert. Es wird nicht nach den Ursachen der Krise gefragt, sondern die Stasi verdoppelt ihr Arbeitspensum.“¹²¹

10. Insofern läßt sich eine frühere Feststellung von Hermann Weber bestätigen: Bis 1961 „bestimmten ideologische Normen und programmatische Zielsetzungen die Politik: Umgestaltung der Herrschaftsstrukturen und der Gesellschaft nach den Prinzipien des Marxismus-Leninismus in der konkreten Übertragung des sowjetischen Modells. Dieser Prozeß war 1961 im wesentlichen abgeschlossen. Seither wirkte die veränderte gesellschaftliche und politische Realität – vor allem der Widerspruch zwischen moderner Industriegesellschaft und veralteten Herrschafts- und Leitungsmethoden – stärker auf die Politik ein. Die ‚Sachzwänge‘ bestimmten Veränderungen der Politik, ja selbst der Ideologie.“¹²²

¹²¹ Mitter/Wolle, Untergang auf Raten, S. 268.

¹²² Vgl. Weber, DDR. Dokumente, S. 10.